



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

POLITISCHER FRÜHLING IM RUSSISCHEN WINTER?

■ ANALYSE		
	Nach den Protesten: Reparaturen am politischen Arrangement	2
	Hans-Henning Schröder, Berlin	
■ ANALYSE		
	Politische Opposition in Russland	6
	Jens Siegert, Moskau	
■ UMFRAGE		
	Zum Charakter der Moskauer Massendemonstrationen	9
	Die Moskauer Demonstrationen in der landesweiten Befragung	15
■ KOMMENTAR		
	Prophylaxe für die Wahlen in Russland	16
	Andrei Busin, Moskau	
■ DOKUMENTATION		
	Russland-Koordinator besorgt über Schikanen gegen unabhängige Wahlbeobachter vor russischen Präsidentschaftswahlen	20
■ UMFRAGE		
	Präsidentenwahlen: Die Sonntagsfrage	20
	Putins Kandidatur, die »neue Rechte« und die Fälschungswahrscheinlichkeit	21
	Leben in Russland: gut, normal ... schrecklich?	23
■ RANKING		
	Die fünfzig wichtigsten Politiker des Jahres 2011	24
■ CHRONIK		
	Vom 1. bis zum 26. Januar 2012	26



Nach den Protesten: Reparaturen am politischen Arrangement

Hans-Henning Schröder, Berlin

Zusammenfassung

Das System Putin ist in eine Krise geraten. Das politische Arrangement, das es über elf Jahre ermöglichte, dass eine kleine Elite die russische Politik kontrollierte, hat seine Integrationskraft verloren. Das wurde an den Dumawahlen am 4. Dezember deutlich, noch deutlicher bei den Moskauer Massendemonstrationen gegen die Fälschung dieser Wahlen. Die Putin-Medwedew-Administration steht nun vor der Aufgabe das politische System zu reformieren und einen gesellschaftlichen Konsens zu finden. Sie hat noch im Dezember 2011 erste Schritte dazu unternommen. Schlüsselpositionen des Führungsapparats wurden umbesetzt, zugleich machten Putin und Medwedew Vorschläge für einen Umbau des Systems, mit denen sie den Forderungen der Protestöffentlichkeit scheinbar entgegenkamen. Ob dies ausreicht, um einen Konsens zu schaffen, der die Putin-Administration in der nächsten Amtszeit trägt, ist aber zweifelhaft.

Die Erschöpfung des politischen Konsenses

Über elf Jahre ist es der Putin-Administration (bzw. der Putin-Medwedew-Administration) gelungen, ein fragiles politisches Arrangement aufrechtzuerhalten, in dem ein Elitenkartell im Konsens mit der Mehrheit der Bevölkerung den politischen Prozess kontrollierte. Die Grundlage war in der Privatisierung der Jelzin-Jahre gelegt worden, als sich eine Gruppe von »Oligarchen« mit Unterstützung der Politik die Masse des produktiven Kapitals aneignen konnte. Gemeinsam mit der Umgebung des Präsidenten und den regionalen »Bossen« bestimmten diese Magnaten in den neunziger Jahren das politische Geschäft. Die russische Gesellschaft war von der Teilhabe an der Macht ausgeschlossen. Der Wechsel von Jelzin zu Putin im Jahre 1999/2000 änderte grundsätzlich nichts an dieser Konstellation, allerdings verschoben sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des Elitenkartells: Der Einfluss der regionalen Führer wurde beschnitten, die Hochfinanz aus dem politischen Entscheidungsprozess verdrängt, während gleichzeitig eine neue Schicht in den inneren Zirkel aufstieg – meist Weggenossen des neuen Präsidenten aus den Geheimdiensten und der Petersburger Stadtverwaltung. Der Staat und seine Einkünfte waren nun im Besitz eines Konglomerats aus hohen Beamten und Finanzleuten.

Die Ungerechtigkeit der Vermögensstruktur, die großen Einkommensunterschiede und der Ausschluss der Masse der Bevölkerung von politischer Partizipation führten erstaunlicherweise nicht zu Protesten, die Mehrheit nahm die Verhältnisse mit resignierter Akzeptanz hin. Es waren vor allem zwei Faktoren, die das politische Arrangement akzeptabel machten: zum einen die Steigerung der Energiepreise, die Russland ein Wirtschaftswachstum bescherte, die auch zu einer Besserung der sozialen Verhältnisse führte, und zum anderen die Erfindung einer populären Führungsfigur, die in der Bevölkerung als bescheiden, anständig und als

Interessenvertreter des »kleinen Mannes« galt. Wladimir Putin füllte diese Rolle glaubhaft aus. Er war Garant eines gesellschaftlichen Konsenses trotz bestehender sozialer Gegensätze. Nach 2004 schuf sich die Führungsspitze durch Reform des Parteien- und des Wahlsystems eine dominante Partei, die die Verbindung zwischen Führung und Gesellschaft herstellen sollte – »Einiges Russland«.

Die Finanzkrise des Jahres 2008 erschütterte dieses Arrangement. Armut und Arbeitslosigkeit stiegen wieder an, die in acht »fetten Jahren« genährte Erwartung, es gehe von nun an aufwärts, wurde enttäuscht. Die Modernisierungskampagne Präsident Medwedews im Jahre 2009 war durch diese Entwicklung bestimmt. Die Hoffnungen, die ein Teil der Bevölkerung daran knüpfte, wurden jedoch nicht erfüllt, da sich die Verhältnisse nicht änderten. Der Unmut über die korrupte Oberschicht, die dominante Partei – zuletzt nur noch »Partei der Gauner und Diebe« genannt – und die wirtschaftliche Stagnation führten 2011 zu einem fortschreitenden Akzeptanzverlust. Die Ratings von Putin, Medwedew und »Einiges Russland« sanken – die »Magie« Putins verfiel nicht mehr. Die Ankündigung, er werde 2012 wieder die Präsidentschaft übernehmen, hatte eher einen negativen Effekt. Der Versuch, bei den Wahlen durch verstärkte Fälschung stabile Mehrheitsverhältnisse herzustellen, löste schließlich die politische Krise aus.

Krisenmanagement und politische Aufgaben

Die Administration war von der Heftigkeit des Protests offensichtlich überrascht, sie brauchte eine gewisse Zeit, um sich zu orientieren. Indes ist die Zeit begrenzt – zwischen den Dumawahlen am 4. Dezember 2011 und den Präsidentenwahlen am 4. März 2012 liegen gerade 13 Wochen, von denen zwei wegen des russischen Weihnachtsfestes für die Werbekampagne ausfielen. In der Präsidentenwahl geht es nun nicht nur darum, für Putin

eine Mehrheit zu erreichen, sondern auch darum, die Wahlen so ehrlich zu gestalten, dass sie dem Präsidenten für die nächsten sechs Jahre eine echte Legitimation verschaffen. Gerade letzteres ist angesichts der Tatsache, dass man die regionalen Apparate über Jahre hinweg darauf eingestellt hat, hohe Mehrheiten für »Einiges Russland« und Putin bzw. Medwedew zu erzielen, kaum zu erreichen.

Neben dem kurzfristigen Ziel, die Wahlen für Putin zu gewinnen, stellt sich jedoch noch eine weitergehende Aufgabe. Die Putin-Administration hat nur in wenigen Fällen hart durchregiert – Tschetschenien 1999 ist ein solcher Fall gewesen –, sondern stets darauf Wert gelegt, die Gesellschaft zu integrieren. Der Massenprotest in den Großstädten zeigt nun, dass der Konsens zwischen Führung und Bevölkerung erschöpft ist. Es gilt, das politische System so umzugestalten, dass die gesellschaftlichen Gruppen wieder eingebunden sind. Dabei müssen unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden. Nach wie vor ist die große Mehrheit der Bevölkerung arm. Um ihr entgegenzukommen, sind eine Steigerung der Einkommen, Entwicklung des Wohnungsbaus, Verbesserung der Sozialversorgung und eine Reform des Gesundheitswesens notwendig. Die neuen urbanen Mittelschichten, die in der Zeit des ölpreisenährten Wirtschaftswachstums hervorgetreten sind, und die im Dezember 2011 die Mehrzahl der Protestler gestellt haben, gilt es in das politische System einzubinden und ihnen Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Dabei geht es nicht nur um die Schaffung einer neuen liberalen Partei, die Wjatscheslaw Surkow bereits am Tag nach den Dumawahlen gefordert hat, sondern auch um eine ‚Normalisierung‘ des öffentlichen Lebens – mit weniger Korruption, funktionierenden Gerichten und größeren Entfaltungsmöglichkeiten.

Schließlich darf die Führung auch die Interessen der Finanz- und Wirtschaftseliten nicht außer acht lassen. Seit September 2010 übertreffen die russischen Investitionen außerhalb Russlands den Zufluss von Kapital aus dem Ausland, und dieser Nettokapitalabfluss hat bis Ende des Jahres 2011 stetig zugenommen. Das schlechte Investitionsklima in Russland, das durch die politischen Unsicherheiten vermehrt wird, und die internationale Finanzkrise lassen die russischen Finanziers verstärkt nach sicheren Anlageländern suchen. Da eine mögliche russische Modernisierungs- und Investitionspolitik aber dieser Gelder bedarf, muss die Führung nach Wegen suchen, den Abfluss zu stoppen und das Kapital wieder zurückzuholen.

Die Putin-Gruppe muss also zunächst die Wahlen gewinnen. Dann gilt es in den ersten Jahren der Präsidentschaft, das politische Arrangement so umzugestalten, dass ein breiter gesellschaftlicher Konsens und

eine Zusammenarbeit zwischen politischer Leitung und Finanzeliten unter Einbeziehung der neuen urbanen Mittelschichten möglich werden. Eine schwierige Aufgabe.

Neuaufstellung des Personals

Das Personaltableau, das im Vorfeld der Dumawahlen präsentiert worden war – Putins Rückkehr in das Präsidentenamt und Medwedews Umsetzung in das Amt des Ministerpräsidenten –, hatte die Mehrheit der Wähler offensichtlich nicht überzeugt. Über 50% haben der »Partei der Macht«, »Einiges Russland«, ihre Stimme verweigert. Der Führungszirkel ist aber nicht bereit, die Niederlage einzugestehen und über personelle Alternativen nachzudenken. Prioritäres Ziel der Administration bleibt es, die Präsidentschaftswahlen am 4. März mit Putin zu gewinnen. Dazu muss sie ein Programm entwerfen, das die Wähler anspricht, und diese motiviert, trotz allem ihre Stimme Putin zu geben. Und sie muss eine Mannschaft zusammenstellen, die glaubwürdig macht, dass die neue Politik auch umgesetzt wird.

Die Personalrochaden in den Wochen nach den Wahlen und hatten allerdings wohl nur zum Teil den Sinn, die Öffentlichkeit zu beeindrucken. In den Tagen direkt nach der Wahl hatte Putin noch durchaus mit Blick auf die Öffentlichkeit einen Wahlkampfstab aus Prominenten zusammengestellt, an dessen Spitze der Filmregisseur und Politiker Stanislaw Goworuchin stand. Goworuchin, ein Patriot und Konservativer, der seinerzeit die Privatisierungspolitik Jelzins bekämpft hatte, ehe er über die Kommunisten den Weg zu »Einiges Russland« fand, genießt landesweite Popularität. Mit dieser Personalie zielt die Putin-Administration darauf, konservative Wählerschichten für ihren Kandidaten zu gewinnen.

Die Umsetzungen im Führungsapparat, die zwischen dem 20. und 27. Dezember stattfanden dienten einem anderen Zweck. Zu diesem Zeitpunkt – nach der Massendemonstration auf dem Bolotnaja-Platz – hatte der Führungszirkel endlich begriffen, dass das politische System in eine schwere Krise geraten war. Zunächst wurde Boris Gyslow, bisher Dumasprecher und Vorsitzender des Büros des Präsidiums der Partei »Einiges Russland«, abgelöst und durch Sergej Naryschkin, bisher Leiter der Präsidialadministration, ersetzt. Ein effektiver und taktvoller Manager trat damit an die Stelle eines Mannes, dem der Ausspruch zugeschrieben wird, das Parlament sei kein Platz für Debatten. Die Leitung der Präsidialadministration übernahm Sergej Iwanow, ein ehemaliger Geheimdienstler, der dem engeren Kreis um Putin zugerechnet wird und 2007 als möglicher Präsidentschaftskandidat galt. Medwedews Apparat wird damit in den letzten Wochen seiner Amtszeit von einem Vertrauten Putins kontrolliert.

Die Ernennung des russischen NATO-Botschafters Dmitrij Rogosin zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten mit Zuständigkeit für den Rüstungssektor, zielt wiederum auf eine rechtsnationale Öffentlichkeit. Rogosin, ein demagogisches Talent, war mehr oder weniger an allen rechtsextremen Parteigründungen nach 1992 beteiligt. Der Erfolg der Partei »Rodina« (Heimat) in den Dumawahlen 2003, veranlasste die Putinsche Führung, den gefährlichen rechten Agitator die hohe Position in Brüssel anzubieten und ihn so aus der russischen Innenpolitik zu entfernen. Wenn man ihn jetzt zurückholt, so geht es darum, rechte Wähler für Putin zu mobilisieren. Rogosins Kompetenz als Industriemanager und Organisator von Innovationen sind zu vernachlässigen. Daher steht auch nicht zu erwarten, dass er nach der Präsidentenwahl die Leitung eines Sektors behalten wird, der einer umfassenden Erneuerung bedarf.

Von zentraler Bedeutung war schließlich die Personalrochade von Wjatscheslaw Surkow und Wjatscheslaw Wolodin am 27. Dezember. Surkow, bisher als Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration zuständig für den gesamten Bereich der Innenpolitik, wechselte als Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Modernisierungspolitik in die Regierung, Wolodin, bisher Leiter des Regierungsapparats und Stellvertretender Ministerpräsident, übernahm Surkows Position. Die Ablösung des »großen Puppenspielers« Surkow, der Parteien geschaffen, Ideologien erdacht, Wahlen manipuliert und Dumamehrheiten organisiert hatte, stellt sicher einen Einschnitt dar. In den Medien wurde die Umsetzung auch als Abstrafung für das Versagen bei der Organisation der Wahlkampagne 2011 interpretiert. Wolodin hatte nicht nur Putins Regierungsarbeit effizient organisiert und war zuständig für Verwaltungsreform und Überwachung der Zusammenarbeit von föderalen, regionalen und kommunalen Behörden, im Frühjahr 2011 hatte er den Aufbau der »Allrussischen Volksfront« aus dem Hintergrund organisiert, die eine Massenbasis für den Wahlsieg von »Einiges Russland« schaffen sollte. Jetzt ist es Wolodins Aufgabe, mit dem Präsidentialapparat Putins Präsidentschaftswahlkampf zu orchestrieren.

Die Umsetzungen dienten also unterschiedlichen Zwecken: Goworuchins und Rogosins Berufung zielten auf ein rechtes Wählerpotential, das man an die Putin-Kampagne binden will. Ob man die beiden nach der Wahl halten will, ist zweifelhaft: Goworuchin ist mit 75 Jahren zu alt, Rogosin in seinen Aktionen zu erratisch und politisch zu gefährlich, um ihn auf Dauer in der Exekutive zu halten. Die Personalien Iwanow, Wolodin und Naryschkin kann man sich indes als Gerippe des neuen Putinschen Apparats vorstellen: Naryschkin als effizienter Manager in der Duma, Iwanow und Wolodin als

Schlüsselfiguren der Präsidentialadministration nach den gewonnenen Wahlen. Als originelle Denker und phantasivolle politische Strategen sind allerdings alle drei bisher nicht hervorgetreten. Politische Phantasie hatte bisher vor allem Surkow bewiesen. Doch dessen künftige Rolle bleibt unklar. Die langjährige »graue Eminenz« der russischen Innenpolitik ist als Wirtschaftspolitiker und Wissenschaftsmanager nicht ausgewiesen. Als Motor einer erfolgreichen Innovations- und Modernisierungspolitik nach den Wahlen ist er nur schwer vorstellbar.

Neuorientierung der politischen Programmatik

Parallel zur Neuaufstellung des Apparates entwickelt die Führung ihr politisches Programm und passt es chamäleonartig den Forderungen an, die aus einer kritischen Öffentlichkeit heraus erhoben werden. In einer Reihe von öffentlichen Auftritten suchten Präsident und Ministerpräsident noch vor der Neujahrs- und Weihnachtspause deutlich zu machen, dass die Putin-Medwedew-Administration bereit ist, auf die Sorgen der Bevölkerung einzugehen. Im »Gespräch mit Wladimir Putin« stellte sich Putin am 15. Dezember in Fernsehen und Rundfunk dem russlandweiten Dialog mit Zuhörern und Zuschauern. Zwei Tage später, am 17. Dezember, traf sich Präsident Medwedew mit dem Parteiaktiv von »Einiges Russland« und am 22. Dezember trat er vor der Föderalversammlung mit seiner Botschaft zur Lage der Nation auf. Nach der Weihnachtspause trat Kandidat und Ministerpräsident Putin dann seinerseits mit einer Reihe programmatischer Aufsätze hervor. Am 16. Januar publizierte er in der Zeitung *Iswestija* einen Artikel, in dem er sich mit den Mittelschichten und ihren Forderungen auseinandersetzte, am 23. Januar ging er in einem längeren Aufsatz in der »Nesawisimaja gaseta« auf die »nationale Frage« ein. Bei diesen öffentlichen Auftritten und in den Publikationen skizzierten Medwedew und Putin ein politisches Programm, das die Forderungen der Öffentlichkeit in vielen Punkten aufnahm und in die eigene Agenda eingliederte.

Die Aufgabe, die es zu lösen gilt, formulierte Putin in seinem Mediendialog ganz offen: die Festigung des politischen Systems und die Wiedereinrichtung einer funktionierenden Verbindung zwischen Obrigkeit und Bevölkerung. Mit anderen Worten, es geht darum, ein neues politisches Arrangement zu schaffen, das das Regime in den nächsten sechs Jahren trägt. Erster Schritt muss sein, die Präsidentenwahlen glaubwürdig zu gestalten. Putin gibt darauf eine technisch-administrative Antwort: die Installierung von Webcams in allen Wahllokalen. Er kam damit dem Wunsch nach ehrlichen transparenten Wahlen entgegen, ohne zivilgesellschaftlichen Initiativen und echter Wahlbeobachtung eine Chance zu geben.

Der Ministerpräsident kam den Kritikern des Systems auch in einem zweiten Punkt entgegen: Er bot an, die Direktwahl der Gouverneure wieder einzuführen, die 2004 abgeschafft worden war. Dies ist in der Tat ein wichtiger Punkt, da die regionalen Eliten damit neue Bedeutung gewinnen. Zwar soll der Präsident die Kandidatenauswahl kontrollieren – Putin sprach von einem »Präsidentenfilter« –, dennoch stärkt eine solche Direktwahl die Gouverneure und machte sie vom Zentrum unabhängiger. Präsident Medwedew nahm Putins Ankündigung in seiner »Botschaft an die Föderalversammlung« auf und führte sie weiter aus. Medwedew schlug »eine komplexe Reform unseres politischen Systems« vor. Neben der Direktwahl der Gouverneure wollte er auch die Registrierung von Parteien erleichtern und das Dumawahlrecht so verändern, dass aus allen 225 Wahlkreisen Vertreter in das Parlament gelangen. In der Besetzung der Wahlkommissionen sollten in Zukunft schließlich Parteien eine größere Rolle spielen als bisher.

Mit diesen Vorschlägen sucht die Führung der heftigsten Kritik die Spitze abzubrechen. Allen Beteiligten ist klar, dass diese Änderungen erst bei den nächsten Regionalwahlen und dann 2016 bei den nächsten Dumawahlen eine praktische Rolle spielen werden. Für die Auswahl des Präsidenten am 4. März sind sie ohne Bedeutung. Es handelt sich also um Placebos, mit denen die Putin-Medwedew-Administration versucht, sich kurzfristig Luft zu verschaffen, und die Präsidentenwahlen unbeschädigt zu überstehen.

Fazit

Nach dem Wahlsieg steht die neue Administration vor der Aufgabe, das politische System so zu reformieren,

dass sich die Mehrheit der Bevölkerung darin wiederfindet und die Elite dennoch den politischen Prozess kontrolliert. An einer demokratischen Entwicklung ist die Administration nicht interessiert. Das Neuarrangement – soweit es gegenwärtig zu übersehen ist – umfasst allerdings widersprüchliche Elemente. Man öffnet den politischen Prozess durch Erleichterung der Parteigründungen für größere Bevölkerungsteile. Denkbar ist zum Beispiel der Aufbau einer »liberalen«, bürgerlichen Partei, die die Mittelschichten einbindet, die bisher im politischen System keine Vertretung haben. So lange das Parlament schwach ist, ist dies auch keine Gefahr für das Regime. Andererseits stärkt die Direktwahl die Gouverneure und die Einführung von Regionallisten bei den Dumawahlen die regionalen Führungsschichten. Man räumt damit etwas mehr Demokratie ein, stärkt aber die Konkurrenz zu den föderalen Eliten. Wie man Spielräume für Mittelschichten erweitern, Rechtlichkeit durchsetzen und Korruption wirksam bekämpfen will, bleibt unklar.

Alles in allem ist dies kein Programm, das geeignet ist, eine politisierte Öffentlichkeit für die Führung zu gewinnen. Zumal bei den Reformen der Pferdefuß hervorlugt – die Administration will in allen Fällen die Prozesse unter Kontrolle behalten. Das wird auch durch das konservativ-reaktionäre Personaltableau bestätigt. Mit Männern vom Schlage Iwanows, Wolodins oder Putins lässt sich nur schwer glaubhaft machen, dass man eine liberale Wende realisieren will. Im Grunde ist die Person Putin zu Putins Problem geworden.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität in Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«.

Politische Opposition in Russland

Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung

So konzentriert die Macht in Russland ist, so vielfältig, aufgespalten und ohnmächtig war bisher die Opposition. Oppositionelle hatten im Großen und Ganzen nur die Wahl zwischen Anbiederung und Marginalisierung. Jahrelang war es wie im Märchen vom Hasen und vom Igel: Putin war immer schon da. Das hat sich in den vergangenen Monaten begonnen zu ändern, möglicherweise tiefgehender als bisher sichtbar. Spätestens mit den Dumawahlen am 4. Dezember 2011 ist die Windrichtung der politischen Dynamik wechselhaft geworden. Seither scheint meist Putin der Getriebene, derjenige, dem immer öfter der Wind ins Gesicht bläst, der immer erst ankommt, wenn die Proteste und die sie tragende Stimmung im Land schon ein Stück weiter sind. Politischer Frühling im russischen Winter?

Opposition – wer ist das?

Das Spektrum der Opposition ist breit. Es reicht von der sogenannten »Systemopposition«, also den zugelassenen und im Parlament vertretenen Parteien außer Einiges Russland (Gerechtes Russland, Schirinowskijs LDPR, Kommunisten/KPRF), über im Parlament nicht vertretene, aber zugelassene Parteien (v. a. Jabloko und Rechte Sache), nicht zugelassene Parteien (Parnas, von Wladimir Ryschkow, Boris Nemzow und Michail Kasjanow im Frühjahr 2011 gegründet), mit den Mitteln des Parteiengesetzes geschlossene Parteien (die Republikanische Partei von Wladimir Ryschkow, aber auch die Nationalbolschewisten von Eduard Limonow), bis zu parteiähnlichen außerparlamentarischen Formationen vor allem aus dem linksradikalen und rechtsradikalen Spektrum, und zum, ein wenig aus diesem von Anpassung bis Radikalität reichenden Schema fallend, weiten Feld der NGOs, vor allem derer, die sich Menschenrechtler nennen oder so genannt werden.

Hinzu kommen zwei neue Gruppen: Zum einen oppositionell gestimmte Menschen, die man einem bisher weitgehend entpolitisierten, meist großstädtischen Mittelschichtsmilieu zuordnen kann und von denen unklar ist, wie sie sich, wo sie sich und ob sie sich überhaupt politisch organisieren oder anschließen werden. Zum zweiten sind das eine größere Zahl einer breiteren Öffentlichkeit schon bekannter Personen aus Kultur und Publizistik, von denen einige zwar schon als Kritiker der herrschenden Politik aufgetreten sind, die dies bisher aber fast ausschließlich individuell und nie mit anderen gemeinsam handelnd getan haben. Unter ihnen möchte ich den Schriftsteller Boris Akunin, den Musiker Jurij Schewtschuk, die Journalistin Swetlana Sorokina und Xenija Sobtschak, Fernsehmoderatorin und Tochter des verstorbenen St. Petersburger Bürgermeisters und frühen Putin-Förderers Anatolij Sobtschak, hervorheben.

Letztere haben sich inzwischen zu einer »Wählerliga« zusammengeschlossen, die, als Zusammenschluss von

Menschen, die selbst keine politische Macht anstreben, über Fairness von Wahlen und die politischen Auseinandersetzungen in deren Umfeld wachen soll. Bewusst wurden keine Politiker, auch keine Oppositionspolitiker in die »Wählerliga« aufgenommen. Mit diesem Schritt kommen sie auch dem weiterhin hohen Misstrauen in weiten Bevölkerungskreisen gegen jede Form von Politik und Politikern entgegen. Diese Einschränkung spiegelt andererseits aber auch das vielleicht nur zeitweise aufgehobene oder zurückgedrängte Politikverbot außerhalb der vom Kreml gelenkten Bahnen wider.

Neue Leute

Die wichtigste Neuerung der vergangenen Wochen sind die vielen neuen, meist jungen Leute bei den Protesten. Leute also, die sich bisher von politischen Aktionen, geschweige denn Straßenprotesten, ja oft von Politik selbst ferngehalten haben. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits kurz vor der Wahl ab, als sich – weitgehend autonom und über soziale Netzwerke im Internet organisiert – eine kleine Wahlbeobachterbewegung formierte. Sie wurde am 10. Dezember auf der ersten Großdemonstration auf dem Bolotnaja-Platz deutlicher und war am 24. Dezember auf dem Sacharow-Prospekt unübersehbar. Dort war, neben dem »üblichen« Protestpotential linker, rechter und liberaler Provenienz vor allem viel Mittelklasse zu sehen, gekleidet in die Labels der großen Modeketten dieser Welt, dazu Pelze und Stöckelschuhe, neben älteren, eher bescheiden gekleideten und offenbar gebildeten Menschen (aus der alten, noch sowjetischen Intelligenzija). Im Kontrast zu früher waren auffallend viele junge Leute auf der Straße. Die Stimmung war freundlich, fast fröhlich mit sehr viel Rücksicht aufeinander und einer erstaunlichen Toleranz anderen Meinungen gegenüber.

Selbst das seit den ersten Wochen nach den Wahlen ein wenig von der Leine gelassene landesweite Fernsehen ging auf die Demonstrationen ein und ließ Büroangestellte bei Staatsbetrieben, Kleinunternehmer oder

Studenten zu Wort kommen, die erklärten, warum sie nun, das »nun« ist wichtig, auf die Straße gehen. Die Aussagen lassen sich in einem einfachen Satz zusammenfassen: Wir wollen nicht weiter betrogen werden. Diese Einfachheit verführt mitunter zu möglicherweise verfrühten Schlüssen. Gleb Pawlowskij, vom Putin-Macher zum Putin-Kritiker (aber nicht Oppositionellen) mutierter Inbegriff des Polittechnologien, nennt die Protestierenden »Putins Kinder«. Das ist durchaus zweideutig gemeint. Zum einen sind es eben diejenigen, die unter Putin erwachsen geworden sind, unter seiner Herrschaft ihre Werte und ihre politische Haltung ausgebildet haben. Zum anderen meint Pawlowskij damit aber auch diejenigen, die unter Putin »gut gelebt« haben und sich kaum noch an die in der durch offizielle Propaganda manipultierten Rückschau immer schrecklicher werdenden 1990er Jahre erinnern können.

Ein etwas genaueres Bild davon, wer am 24. Dezember auf dem Sacharow-Prospekt war, gibt eine Umfrage des Lewada-Zentrums unter den Protestierenden (vgl. Tabelle 1). Demnach waren es überproportional viele junge, gut ausgebildete Menschen, in entsprechend guten beruflichen Positionen. Auch die Verteilung politischer Überzeugungen ist interessant. 69% der Befragten nannten sich »Liberale« oder »Demokraten«. Relativ groß war noch der Anteil der Kommunisten mit 13% sowie der Sozialisten oder Sozialdemokraten mit 10%. Rechte Überzeugungen gab dagegen nur eine kleine Minderheit an (6% »National-Patrioten«). Das spiegelt sich auch darin wider, für welche Partei die Befragten am 4. Dezember gestimmt haben (38% für Jabloko, 19% für die Kommunisten, 12% für Gerechtes Russland, 13% hatten gar nicht an der Wahl teilgenommen). Für die Mobilisierung hat, schon fast ein Allgemeinplatz, das Internet eine große Rolle gespielt. Etwa zwei Drittel der Befragten nutzen regelmäßig oder »von Zeit zu Zeit« das Internet, 89% hatten von den Protestaktionen durch das Internet erfahren. Eine ähnliche Umfrage des kremlnahen WZIAM kommt zu vergleichbaren Ergebnissen.

Gemeinsame Interessen in der Opposition

Bis zu den Dumawahlen am 4. Dezember gab es zwischen den Systemparteien auf der einen Seite und der radikalen Systemopposition auf der anderen Seite kaum Interessenüberschneidungen. Das hat sich geändert. Die unerwartete Schwäche des Putin-Regimes und seiner Gallionsfigur hat für fast alle Oppositionsakteure neue Handlungsnotwendigkeiten, aber auch Handlungsoptionen geschaffen. Das hängt vor allem mit der zentralen Legitimationsquelle der politischen Machthaber, der Popularität Putins zusammen. Im Frühjahr 2011 begannen zuerst die Zustimmungsraten zur Kremlpartei Ein-

ges Russland zu sinken und ab dem Sommer auch die Putins selbst. Ende des Jahres lag die Zustimmung zu Putin deutlich unter der absoluten Mehrheit. Während es das wichtigste Ziel Putins ist, in den kommenden Wochen bis zur Präsidentenwahl seine Popularität erneut zu steigern (oder zumindest die glaubwürdige Illusion zu erzeugen), ist allen Oppositionsakteuren daran gelegen, dass Putin genau das nicht gelingt. Denn nur so können die »Systemoppositionellen« ihre neu erlangte (Teil-)Autonomie bewahren und die außerparlamentarische Opposition verhindern, erneut marginalisiert, vielleicht sogar politisch verfolgt zu werden. Und das bleiben, was sie alle in den vergangenen Wochen geworden sind: Politiker in einem Land, in dem sich wieder erneut öffentlich um Macht auseinandergesetzt wird.

Dieses neue geteilte Interesse der Opposition zeigt sich wohl am deutlichsten im Organisationskomitee der nächsten großen Demonstration am 4. Februar, das (fast) das gesamte Oppositionsspektrum von den Systemparteien Kommunisten und Gerechtes Russland bis zur radikalen Opposition von Solidarnost vereint. Dort sitzt der ehemalige Dumaabgeordnete Wladimir Ryschkow neben dem Chef einer kleinen radikalen Organisation namens »Linke Front«, Sergej Udalow, der durch mehrfache Arreststrafen wegen nicht genehmigter Demonstrationen und einem Hungerstreik zu einem der ersten Helden der neuen Protestbewegung geworden ist. Gennadij Gudkow, stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Gerechtes Russland sitzt Ex-Schwachweltmeister und Radikaloppositionär Garri Kasparow gegenüber. Daneben sitzen Vertreter von Menschenrechtsgruppen und anderen NGOs, ebenso bekannte wie kritische Journalistinnen und Journalisten, der populäre Schriftsteller Boris Akunin, dessen Buch die Vorlage für den Blockbuster »Wächter der Nacht« gab, der populäre Antikorruptionsblogger Alexej Nawalnyj, Jewgenija Tschirikowa, die durch den Kampf gegen den Bau einer Autobahn durch den Wald von Chimki bekannt wurde (an dem enge Putinfreunde verdienen) und andere.

Das wichtigste, vielleicht einzig wirkliche Druckmittel der Opposition bleiben, auch angesichts der gefälschten absoluten Mehrheit von Einiges Russland in der Staatsduma, die Straßenproteste. Bei den Protesten geht es längst nicht mehr nur um die Wahlfälschungen vom 4. Dezember, sondern darum, ob die seither zurückgekehrte öffentliche Politik Bestand hat und das Land weiter öffnet oder ob es Putin gelingt, den Geist in die Flasche zurück zu zwingen (oder, um ein gegenwärtig in Russland populäres Bild zu nutzen, »die Paste zurück in die Tube zu drücken«). Wie wichtig die Straßenaktionen sind, zeigen auch die Versuche des Kremls Pro-Putin-Demonstrationen als Gegenge-

wicht zu organisieren. Viel wird auch davon abhängen, ob es die Protestierenden (oder zumindest ein erheblicher Teil von ihnen) schaffen, sich als politische Kraft und damit als möglicher Verhandlungspartner zu konsolidieren. Bisher gibt es keine Verhandlungen, nicht einmal Gespräche.

Das Imperium schlägt zurück

Selbstverständlich tun Putin und die Seinen alles, um das zu verhindern. Sie verschleppen, versuchen abzuwerben, denunzieren, provozieren, spalten und was es sonst noch an schmutzigen Waffen gibt im Politarsenal. Voran Putin selbst, der »große Schweiger, der zu reden begonnen hat«, wie die Nowaja Gaseta kürzlich schrieb. Noch im alten Jahr erklärte er, er sehe niemanden in der Opposition, der als Führungsperson so anerkannt sei, dass es sich mit ihm zu sprechen lohne. Außerdem hätten die Demonstranten keine konkreten Forderungen erhoben. Die Angriffe setzen sich seither auf vielen Ebenen fort. Hier nur eine kleine Auswahl:

- Ohne konkrete Namen zu nennen beschuldigte Putin die Opposition, sie wolle »Russland genauso zerstören wie die Sowjetunion«.
- Memorial und die Assoziation GOLOS in Komi wurden vom regionalen FSB auf eine Liste »extremistischer Organisationen« gesetzt.
- Bei einem Treffen mit Chefredakteuren griff Putin Alexej Wenediktow von Echo Moskwy frontal an und setzte die Berichterstattung des Radiosenders über die US-amerikanische Raketenabwehr mit Landesverrat gleich.
- Wladimir Ryschkow und Gennadij Gudkow, zwei führende Mitglieder des Organisationskomitees der Demonstrationen, wurden heimlich bei einem Gespräch in einem Moskauer Café gefilmt und der Film mit allen Flüchen und den wenig freundlichen Aussagen über Mitoppositionelle ins Internet gestellt.
- Den Wahlbeobachtern von GOLOS wurde der Mietvertrag ihres Büros in Moskau gekündigt. Als diese Attacke juristisch abgewehrt war, wurde der Strom abgestellt. Die Zentrale Wahlkommission droht GOLOS-Vertreter zur Präsidentenwahl nicht als Wahlbeobachter zu akkreditieren, was ihnen den Zugang zu den Wahllokalen verschließen würde.

Trotz dieser vielen, bisher eher kleinen Angriffe ist die politische Kraft der vereinigten Opposition groß genug, die Genehmigung der Demonstrationen zwar nicht unbedingt am gewünschten Platz, aber immerhin in der Moskauer Innenstadt durchzusetzen. Auch die nächste Demonstration am 4. Februar wird innerhalb des Gartenrings stattfinden. Über den genauen Ort wird am 26. Januar noch verhandelt.

Ist eine Konsolidierung der Opposition möglich? Neue Führungsfiguren?

Putin hat insoweit Recht, als es keine eindeutigen Führungspersonen oder führende Organisationen bei den Protesten gibt. Allerdings ist dieses Fehlen bisher eher eine Stärke der neuen außerparlamentarischen Opposition. Sie besteht vor allem darin, dadurch möglichst viele Menschen mit unterschiedlichen, ja oft unvereinbaren politischen Ansichten integrieren und ihre Teilnahme an den Protesten ermöglichen zu können. Das dürfte auch solange gut gehen, wie es gelingt, die politischen Machthaber im Sog der Ereignisse vor sich herzutreiben. Ob sich diese Dynamik über die lange Pause nach dem Jahreswechsel erhalten ließ, wird die Demonstration am 4. Februar zeigen. Bisher war es auch ausreichend, einen eher negierenden politischen Konsens zu haben. Die innere Klammer der Opposition bleiben faire Wahlen, als Forderung nach einem Ende des systematischen Wahlbetrugs, die Neubesetzung der Wahlkommissionen auf allen Ebenen, Neuwahlen der illegitimen Staatsduma und die Verschiebung der Präsidentenwahlen oder die Begrenzung der Amtszeit des neuen Präsidenten bis zur Umsetzung der Reform des Wahl- und Parteiensystems. Sobald es um positive Forderungen gehen wird oder darum, gemeinsame Strukturen aufzubauen oder Führungspersonen zu benennen oder zu wählen, könnte es mit der Einigkeit vorbei sein.

Hinzu kommt, dass es an unbelasteten und gleichzeitig bekannten und erfahrenen Leuten fehlt. Alle, die bisher auf den Tribünen stehen und öffentlich beachtet werden, die um den Runden Tisch der Organisatoren sitzen, haben schwerwiegende Mankos. Die einen (wie Ryschkow, Nemzow, Kasjanow) sind von »damals«, also aus den 1990er Jahren übrig geblieben. Sie sind für große Teile der Bevölkerung eng mit den vom Putin-Regime geförderten (mitunter auch erzeugten) Attributen für dieses Jahrzehnt wie Chaos, Armut, Erniedrigung, Abstieg und auch der sogenannten »Oligarchenherrschaft« verbunden. Niemand von ihnen hat die Chance zu einer für weite Bevölkerungsgruppen wählbaren Führungsfigur zu werden. Anderen, Neuen, wie zum Beispiel dem Antikorruptions-Blogger Alexej Nawalnyj fehlen bei allem politischen Talent die Erfahrung und die Unterstützung eines ausreichend schlagkräftigen politischen Apparats.

Eine Schlüsselrolle spielt der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin. Er ist für beide Seiten geschäftsfähig. Putin nannte Kudrin noch wenige Tage vor der Demonstration am 24. Dezember »einen der besten Ökonomen Russlands« und »meinen persönlichen Freund«. In vielen Kommentaren wurde deshalb Kudrins Auftritt auf der Demonstration und seine Neuwahlforderung als Affront gegen Putin verstanden. Mag sein. Es

ist aber auch eine andere Lesart möglich: Erst hat Putin den »Freund« Kudrin öffentlich zu seinem Vertrauten gemacht und ihn damit zu Gesprächen (vielleicht auch Verhandlungen) mit der anderen Seite bevollmächtigt, ohne dass es formal Gespräche (Verhandlungen) gegeben hätte. Mit der Neuwahlforderung hat Kudrin dann zu verstehen gegeben, dass er nicht einfach nur »Putins Mann« ist, sondern durchaus für die Rolle eines ehrlichen Vermittlers taugt (taugen will). Jedenfalls hat er auch in den Augen vieler Protestierer erheblich an Status und Glaubwürdigkeit gewonnen. Tatsächlich gibt es inzwischen Gespräche zwischen einigen Organisatoren der Proteste und Kudrin. Ob Kudrin auch mit Putin spricht, ist unbekannt.

Präsidentenwahlen

Obwohl die Präsidentenwahlen die nächste wichtige Etappe sind, gibt es keine gemeinsame Oppositionsstrategie und keinen gemeinsamen Oppositionskandidaten (gäbe es einen, würde er oder sie mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zur Wahl zugelassen werden). Sergej Mironow von Gerechtes Russland wird kaum viele Stimmen gewinnen können. Im Gegensatz dazu hat der ewige Kommunistenchef Gennadij Sjuganow wohl als Einziger eine minimale Chance, Putin in einem zweiten Wahlgang als Gegner gegenüber zu stehen. Grigorij Jawlinskijs Kandidatur wurde von der Zentralen

Wahlkommission nicht zugelassen. Doch auch sie spaltete die Opposition eher als sie zu einigen. Der Milliardär Michail Prochorow wird von vielen nicht als Oppositionskandidat wahrgenommen, all seinen kritischen Äußerungen zum Trotz gilt seine Kandidatur als »Putins Projekt«.

Trotzdem bleibt es vorerst das einzige realistische Ziel für die Wahlen, Putins Sieg gleich im ersten Wahlgang zu verhindern und ihn in einen zweiten Wahlgang zu zwingen (den er dann trotzdem mit großer Mehrheit gewänne). Ein zweiter Wahlgang wäre aber wohl das einzige einigermaßen zuverlässige Signal für den Kreml, nach der Wahl nicht erneut die nun leicht geöffneten Fenster politischer Partizipation möglichst schnell wieder zu schließen.

Die Legitimität der Wahlen wird auch vom Umgang staatlicher Stellen mit Wahlbeobachtern abhängen. Soweit schon jetzt zu sehen, werden es, trotz des Drucks auf GOLOS und andere, eher mehr als weniger unabhängige Wahlbeobachter sein als zur Dumawahl. Wahlbeobachter zudem, die inzwischen dazugelernt haben und sich in vielen Fällen nicht so leicht an ihrem Tun werden hindern lassen, wie noch Anfang Dezember. Mögliche Fälschungen werden also noch schwieriger und öffentlicher. Ihre Offenlegung dürfte der Opposition auch nach den Präsidentenwahlen weiteren Rückenwind geben.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er zehn Jahre als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radiosender in Moskau.

UMFRAGE

Zum Charakter der Moskauer Massendemonstrationen

Tabelle 1: Wer waren die Teilnehmer an der Massendemonstration auf dem Sacharow-Prospekt am 24. Dezember 2011? – Umfragen des WZIOM und des Lewada-Zentrums während der Demonstration

WZIOM		Lewada-Zentrum	
<i>Geschlecht</i>		<i>Geschlecht</i>	
Männlich	64 %	Männlich	60 %
Weiblich	36 %	Weiblich	40 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Wer waren die Teilnehmer an der Massendemonstration? (Fortsetzung)

WZIOM		Lewada-Zentrum	
<i>Alter</i>		<i>Alter</i>	
18–24 Jahre	17 %	18–24 Jahre	25 %
25–34 Jahre	24 %	25–39 Jahre	31 %
35–44 Jahre	21 %	40–54 Jahre	23 %
45–59 Jahre	24 %	55 und älter	22 %
Älter als 60	13 %		
<i>Bildungsstand</i>		<i>Bildungsstand</i>	
Elementarbildung	7 %	Elementarschule	1 %
Mittelschule, Berufsschule	9 %	Mittelschule (10 Klassen)	5 %
Fachschule	13 %	Berufsschule	1 %
Hochschule	70 %	Technikum	11 %
		Hochschule (nicht abgeschlossen)	13 %
		Hochschule (abgeschlossen)	62 %
		Zwei Hochschulabschlüsse	8 %
<i>Beruf</i>		<i>Beruf</i>	
Qualifizierter Arbeiter	2 %	Privatunternehmer	8 %
Unqualifizierter Arbeiter	11 %	Chef (mehr als 10 Angestellte)	8 %
Angestellter ohne Hochschulausbildung	3 %	Chef (weniger als 10 Angestellte)	9 %
Spezialist mit Hochschulausbildung in der Privatwirtschaft	44 %	Spezialist (d. h. Hochschulabschluss)	46 %
Spezialist mit Hochschulausbildung, staatliche Institutionen	5 %	Büroangestellter	8 %
Militär, Polizei, Innenbehörden	2 %	Angestellter Handel/ Dienstleistungen	4 %
Geschäftsleute, Unternehmer	5 %	Arbeiter	4 %
Staats- oder Kommunalangestellter	2 %	Student	12 %
Rentner	10 %	Hausfrau	2 %
Ohne Arbeit	2 %		
Student	10 %		
Andere	2 %		
Keine Antwort	1 %		

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Wer waren die Teilnehmer an der Massendemonstration? (Fortsetzung)

WZIOM		Lewada-Zentrum	
<i>Materielle Lage</i>		<i>Zu welcher der folgenden Gruppen zählen Sie sich?</i>	
Sehr gut	5 %	Das Geld reicht nicht einmal für Nahrungsmittel	3 %
Gut	29 %	Das Geld reicht für Nahrungsmittel, aber nicht für Kleidung	4 %
Mittel	56 %	Das Geld reicht für Nahrungsmittel und Kleidung, doch der Erwerb größerer langlebiger Konsumgüter (Kühlschrank etc.) stellen ein Problem dar.	21 %
Schlecht	9 %	Das Geld reicht für den Erwerb größerer langlebiger Konsumgüter (Kühlschrank etc.), doch nicht für ein Auto	40 %
Sehr schlecht	0 %	Das Geld reicht für ein Auto, doch wir können nicht alles kaufen	28 %
Keine Antwort	0 %	Wir müssen uns nicht einschränken	5 %
<i>Warum nehmen Sie heute an der Veranstaltung teil? (Beliebig viele Antworten möglich)</i>		<i>Was hat Sie auf diese Veranstaltung geführt?</i>	
Unehrlische Wahlen	32 %	Will meinen Ärger über Fälschung der Wahlen zum Ausdruck bringen	73 %
Protest gegen die Obrigkeit, das System	15 %	Angestauter Unmut über die Lage im Lande	73 %
Aktive Bürgerpflicht	12 %	Enttäuschung über die versprochene Modernisierungspolitik	42 %
Gegen Lüge, Diebstahl, Korruption	9 %	Unzufriedenheit, dass die Obrigkeit nicht mit Menschen wie mir rechnet	52 %
Kam mit Freunden	5 %	Solidarität mit den Parteien, die an der Veranstaltung teilnehmen	15 %
Interesse, Neugier	5 %	Sympathie mit den Organisatorien des Meeting	13 %
Will ein besseres Leben, Veränderungen	5 %	Interessant, Zeittrend	6 %
Gegen Putin	4 %	Bin mit meinen Freunden da	10 %
Für die Opposition	4 %	Andere	3 %
Beobachte Menschen und Ereignisse	2 %	Keine Antwort	1 %
Gegen Medwedew	2 %		
Gegen "Einiges Russland"	1 %		
Wir haben keine Demokratie	1 %		
Anderes	4 %		
Keine Antwort	5 %		

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Wer waren die Teilnehmer an der Massendemonstration? (Fortsetzung)

WZIOM		Lewada-Zentrum	
<i>Wo haben Sie von der Veranstaltung erfahren? (Beliebig viele Antworten)</i>		<i>Wo haben Sie von der Veranstaltung erfahren? (Mehrere Antworten)</i>	
Internet	66 %	Fernsehen	18 %
Presse, Radio, Fernsehen	21 %	Radio	27 %
Freunde, Bekannte, Kollegen	15 %	Zeitung	10 %
Echo Moskau (Radiosender)	9 %	Zeitschriften	5 %
War auf der vorigen Demonstration auf dem Bolotnaja-Platz	5 %	Freunde, Bekannte, Nachbarn	33 %
Vkontakte (russisches soziales Internetnetzwerk)	3 %	Internet (Zeitungen, Zeitschriften, Informationsportale)	56 %
Facebook	3 %	Andere Internetquellen	33 %
Soziale Netze	2 %	Andere	5 %
Odnoklassniki (russisches soziales Internetnetzwerk)	1 %	Keine Antwort	<1 %
Andere	1 %		
Keine Antwort	0 %		
		<i>Haben Sie in den letzten drei Monaten soziale Netzwerke genutzt?</i>	
		Regelmäßig	37 %
		Von Zeit zu Zeit	31 %
		Nein	32 %
<i>Mit welchen Losungen sind Sie einverstanden? (Beliebig viele Antworten)</i>		<i>Welchem Oppositionsführer trauen Sie am ehesten? (Mehrere Antworten möglich)</i>	
Für freie, gerechte, ehrliche Wahlen	37 %	Boris Akunin	35 %
Nieder mit Putin	25 %	Alexander Below	3 %
Die Wahlergebnisse für ungültig erklären	19 %	Gennadij Gudkow	11 %
Nieder mit Tschurow (Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission)	9 %	Michail Kasjanow	7 %
Nieder mit den Gaunern, Dieben, Korruptierern	7 %	Alexej Kudrin	13 %
Putin ist ein Dieb – ins Gefängnis mit ihm	6 %	Sergej Mironow	8 %
Weg mit der Obrigkeit, dem politischen System	5 %	Sergej Mitrochin	7 %
Wir sind kein Affenvolk, keine Sklaven, keine Hammel usw.	4 %	Alexej Nawalnyj	36 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Wer waren die Teilnehmer an der Massendemonstration? (Fortsetzung)

WZIOM		Lewada-Zentrum	
<i>Mit welchen Losungen sind Sie einverstanden? (Beliebig viele Antworten) (Fortsetzung)</i>		<i>Welchem Oppositionsführer trauen Sie am ehesten? (Mehrere Antworten möglich) (Fortsetzung)</i>	
Medwed-Putin – raus aus der Regierung	3 %	Boris Nemzow	13 %
Russland wird frei	3 %	Leonid Parfenow	41 %
Freiheit für die politischen Gefangenen	3 %	Ilja Ponomarew	4 %
Die Macht dem Volke	2 %	Michail Prochorow	15 %
Die Schuldigen vor Gericht	2 %	Wladimir Ryschkow	18 %
Wenn Du das Vaterland liebst, komm mit uns	2 %	Sergej Udalzow	8 %
Gebt uns unsere Rechte, ein würdiges Leben zurück	2 %	Wladimir Tor	2 %
Mehr Parteien bei den Wahlen, Registrierung aller Wahlen	2 %	Jewgenija Tschirikowa	14 %
Diebe ins Gefängnis	1 %	Jurij Schewtschuk	33 %
Russland für alle	1 %	Grigorij Jawlinskij	27 %
Für ein ehrliches Russland	1 %	Ilja Jaschin	11 %
Ändert die Verfassung, die Gesetze	1 %	Andere	4 %
Eindeutige Migrationspolitik	1 %	Keiner davon	4 %
Ich bin nicht einverstanden	1 %	Keine Antwort	7 %
Anderes	4 %		
Keine Antwort	4 %		
<i>Wenn solche Veranstaltungen in nächster Zeit organisiert werden, werden Sie teilnehmen?</i>			
Ja, sicher	51 %		
Ja, wahrscheinlich	38 %		
Wahrscheinlich nicht	0 %		
Nein	1 %		
Hängt von der Situation ab	8 %		
Keine Antwort	1 %		
<i>Medwedew hat eine Reform des politischen Systems angekündigt. Wie stehen Sie dazu?</i>			
Unterstütze diese Reformen	11 %		
Die Reformen sind gut, wir brauchen aber radikalere und das schneller.	33 %		
Die Reformen sind schlecht	27 %		
Kenne Medwedews Vorschläge nicht	20 %		
Keine Antwort	9 %		

Fortsetzung auf der nächsten Seite

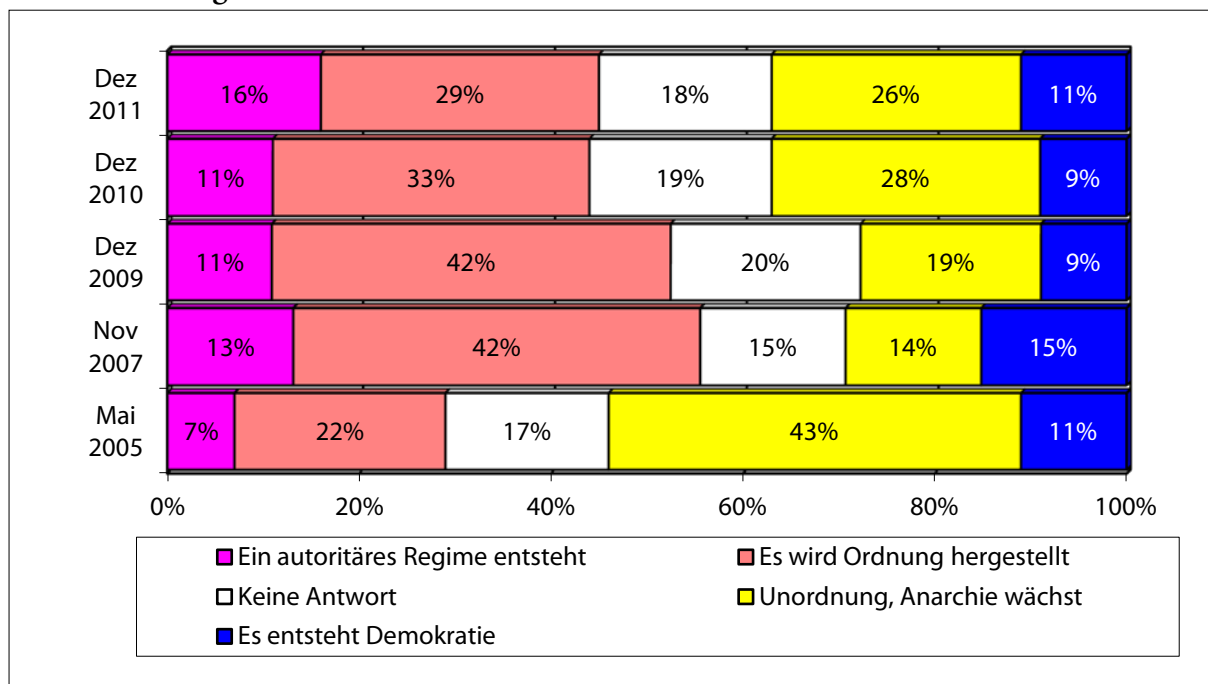
Tabelle 1: Wer waren die Teilnehmer an der Massendemonstration? (Fortsetzung)

WZIOM		Lewada-Zentrum	
<i>Für welche Partei haben Sie bei den Dumawahlen gestimmt?</i>		<i>Für wen haben Sie bei den Dumawahlen gestimmt?</i>	
Gerechtes Russland	16 %	Gerechtes Russland	12 %
LDPR	8 %	LDPR	7 %
Patrioten Russlands	2 %	Patrioten Russlands	2 %
KPRF	17 %	KPRF	19 %
Jabloko	27 %	Jabloko	38 %
Einiges Russland	3 %	Einiges Russland	<1 %
Gerechte Sache	1 %	Gerechte Sache	2 %
Habe den Stimmzettel ungültig gemacht	6 %	Habe den Stimmzettel ungültig gemacht	7 %
Habe nicht abgestimmt	12 %	Habe nicht abgestimmt	13 %
Keine Antwort	7 %	Keine Antwort	2 %
<i>Für wen stimmen Sie bei den Präsidentenwahlen?</i>		<i>Für wen wollen Sie bei den Präsidentenwahlen stimmen?</i>	
Jawlinskij	17 %	Shirinowskij	5 %
Sjuganow	9 %	Sjuganow	11 %
Putin	1 %	Mironow	5 %
Prochorow	17 %	Prochorow	18 %
Shirinowskij	4 %	Putin	1 %
Mironow	8 %	Jawlinskij	29 %
Mesenzew	0 %	Mache den Stimmzettel ungültig	10 %
Mache den Stimmzettel ungültig	5 %	Weiß noch nicht, für wen ich stimmen werde	13 %
Gehe nicht abstimmen	5 %	Gehe nicht wählen	4 %
Anderer Kandidat	11 %	Weiß noch nicht, ob ich wählen gehe	4 %
Keine Antwort	21 %		
		<i>Wo stehen Sie politisch (mehrere Antworten)</i>	
		Anarchisten	3 %
		Antifa	2 %
		Neue Linke	2 %
		Kommunisten	13 %
		Sozialisten, Sozialdemokraten	10 %
		Grüne	8 %
		Demokraten	38 %
		Liberale	31 %
		Konservative	3 %
		Nationalpatrioten	6 %
		Andere	4 %
		Nichts davon	6 %
		Keine Antwort	3 %

Quelle: Umfrage des WZIOM vom 24.12.2011 <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112274>, 26.1.2012; Umfrage des Lewada-Zentrums, 24.12.2011; <http://www.levada.ru/26-12-2011/opros-na-prospekte-sakharova-24-dekabrya>.

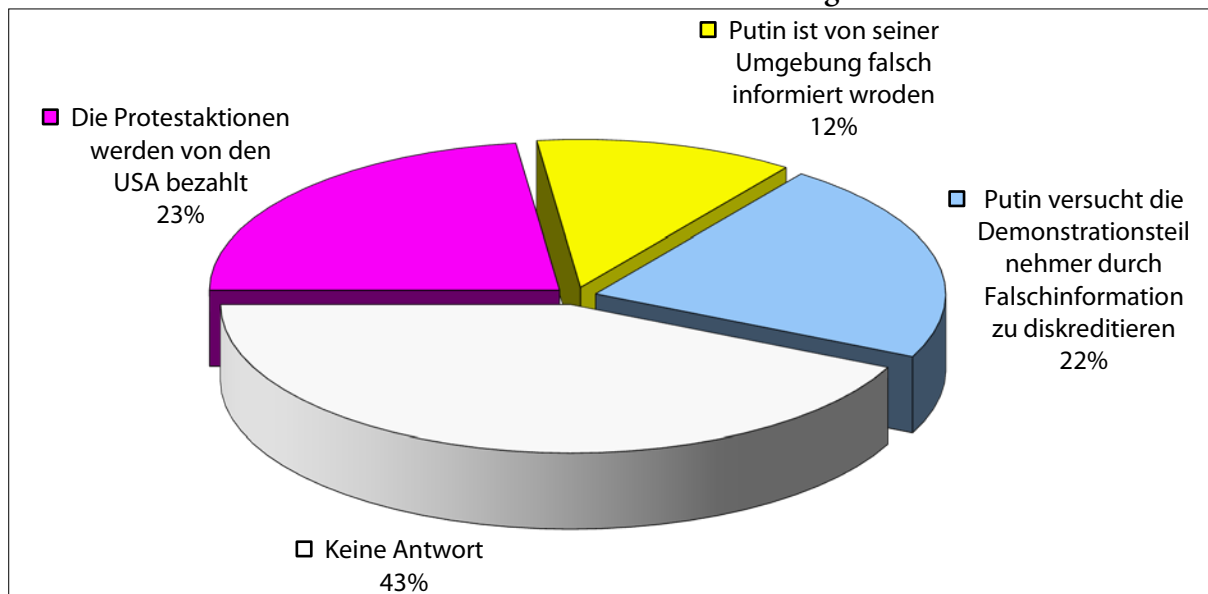
Die Moskauer Demonstrationen in der landesweiten Befragung

Grafik 1: Was geht heute im Lande vor sich?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–20.12.2011,
<http://www.levada.ru/28-12-2011/rossine-ob-aktsiyakh-protesta-i-proshedshikh-vyborakh>

Grafik 2: Putin hat erklärt, viele der Demonstranten würden auf Anweisung der USA handeln und würden bezahlt. Sind Sie mit dieser Einschätzung einverstanden?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–20.12.2011,
<http://www.levada.ru/28-12-2011/rossine-ob-aktsiyakh-protesta-i-proshedshikh-vyborakh>

Tabelle 2: Warum sind die Leute in den großen Städten auf die Strasse gegangen?

Die Leute haben genug von der Willkür der Obrigkeit	30 %
Nach der Krise 2008–10 sind die Leute gegenüber der Obrigkeit kritischer geworden	25 %
Das Ausmaß der Protestaktionen wird übertrieben, es lohnt sich nicht, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken	20 %
Bei diesen Wahlen gab es mehr Verstöße und Fälschungen als früher	18 %
Neue technische Möglichkeiten (Smartphones, mobiles Internet, soziale Netze usw.) erlauben es, Verstöße operativ herauszufinden	18 %
Die Perspektive von 12 Jahren Putin erschreckt die Leute	11 %
Die vom Westen gekaufte Nichtsystemopposition hat die Leute provoziert, auf die Straße zu gehen	11 %
Andere	1 %
Keine Antwort	14 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–20.12.2011,

<http://www.levada.ru/28-12-2011/rossine-ob-aktsiyakh-protesta-i-proshedshikh-vyborakh>

KOMMENTAR



Europäischer Austausch
European Exchange

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Prophylaxe für die Wahlen in Russland

Andrei Busin, Moskau

Eine verquere Wahlgesetzgebung

Die Wahlen vom Dezember haben sich in ihrer Fülle an Fälschungen nicht so sehr von den Wahlen 2007 und denen der Jahre zuvor unterschieden, doch die Reaktion der Gesellschaft war diesmal wesentlich schärfer. »Der Russe spannt langsam an, fährt dann aber schnell«: In den vergangenen sechs, sieben Jahren haben wir geduldig zugeschaut, wie die Regierungen der verschiedensten Ebenen der Wahlgesetzgebung und dem Wahlprozess Gewalt antun, und nun bricht es plötzlich heraus ... Die Vierte und die Fünfte Staatsduma haben über fünfzig Gesetze verabschiedet, die die Wahlgesetzgebung bis zur Unkenntlichkeit verändert und die Wahlen in ein Schauspiel mit einer im Voraus bekannten Besetzung und einem immer gleichen Regisseur verwandelt haben. Die Verabschiedung der Gesetzesnovellen erfolgte in zwei Phasen: 2005–2007 wurden radikale Änderungen vorgenommen, um Distanz zwischen Bürgern und Wahlen zu schaffen (Einführung des reinen Verhältniswahlrechts bei gleichzeitigem Ausbau eines künstlichen und gelenkten Parteiensystems), und 2008–2011 waren die Abgeordneten nahezu monatlich mit der kosmetischen Präparierung der Wahlgesetze beschäftigt.

Die radikalen Vorschläge des Präsidenten, die er nur kurze Zeit nach seinen völlig entgegengesetzten Äußerungen über den Modus der Gouverneurswahlen und die Zahl der politischen Parteien präsentierte, muten vor dem Hintergrund der Massenkundgebungen wie eine Schreckreaktion an. In einer Situation jedoch, in der diese Vorschläge sich keineswegs auf die nächsten landesweiten Wahlen auswirken, und sie zudem aus dem Munde des scheidenden und nicht des künftigen Präsidenten kamen, stellen sie eher einen Versuch dar,

durch eilige Versprechungen das Protestfeuer zu löschen. Gleichzeitig sind rundum Stimmen zu vernehmen, die radikale Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Dumawahlen fordern, und zwar mit dem Ziel, sowohl die vergangenen Wahlen zu bewerten als auch die nächsten Wahlen fairer ablaufen zu lassen.

Die Wahlen besser machen?

Betrachten wir nun, mit welchen gesetzlichen Mitteln und in welchen Zeiträumen sich die Situation unserer

Wahlen verbessern ließe. Methoden, die außerhalb des Gesetzesrahmens liegen, sollen hier nicht erörtert werden – die kommen ganz von selbst zum Einsatz, wenn die Regierung weiterhin sogar die eigens auf sie zugeschnittenen Gesetze ignoriert.

Was nun die Frage der Legitimität der Wahlen und der hieraus hervorgegangenen Duma betrifft, so gibt es zweifellos nur einen gesetzlichen Weg, der zudem auf den ersten Blick nicht allzu kompliziert erscheint: Auf Antrag einer oder mehrerer Parteien erklärt der Oberste Gerichtshof wegen der Verstöße, die eine wahrheitsgetreue Feststellung des Wählerwillens nicht zuließen, die Wahlen für ungültig. Faktische Hinweise hierfür gab es bei den Dumawahlen mehr als genug. Es bliebe nur ein kleiner Haken: Die von der Verfassung vorgegebene Gewaltenteilung ist in Russland nicht vorhanden und das Gerichtswesen ist Teil der Gesamtkorporation der russischen Bürokratie. Und jeder Bürokrat, ob groß oder klein, weiß, was er tut, wenn er sagt: »Ziehen Sie doch vor Gericht!«

Doch die Teilung der Gewalten – das wird sich innerhalb eines Jahr nicht realisieren lassen, und wenn man das nicht angeht, auch nicht innerhalb einer Präsidentschaft. Daher können wir eine juristische Feststellung, dass die Wahlen ungültig sind, sowie eine dadurch begründete Auflösung der Duma getrost vergessen. Allerdings könnte die Staatsduma auch durch den Präsidenten aufgelöst werden, doch wird uns bis zu den jetzt anstehenden Wahlen ein solches Szenario wohl kaum drohen. Nach den Präsidentschaftswahlen könnte sich die Situation dann derart ändern, dass niemand mehr an die Duma denkt.

Zudem wäre die Forderung nach einer Auflösung der Duma sinnlos, bevor nicht ein neues Parteiensystem entstanden ist und solange die derzeitige Wahlgesetzgebung weiter besteht, da wieder dieselben Parteien in die Duma einziehen würden. Noch sinnloser – wenn auch von symbolischer Bedeutung – ist die Forderung nach einem Rücktritt des Leiters der Zentralen Wahlkommission, Wladimir Tschurows. Für eine Entlassung Tschurows gibt es praktisch keine gesetzlichen Wege, und eine Entlassung würde keinerlei Einfluss darauf haben, wie fair die Wahlen verlaufen, da dies von den tatsächlichen Organisatoren der Wahl abhängt, den Beamten in den Administrationen der unterschiedlichen Ebenen.

Für bessere Wahlen müssen wir zweifellos radikal die Wahlgesetze ändern. Dies ist eine unumgängliche, jedoch keine hinreichende Voraussetzung. Im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen ist dies jedoch nicht von aktueller Relevanz, da sie bereits im Gange sind und Änderungen des Wahlverfahrens sich nicht auf bereits angesetzte Wahlen erstrecken.

Reduzierung der Manipulationen bei der Präsidentschaftswahl

So bleibt die Frage, ob überhaupt etwas unternommen werden kann, damit die Wahl Wladimir Putins fairer oder, genauer gesagt, in größerer Übereinstimmung mit der Verfassung, den russischen Wahlgesetzen und den internationalen Wahlstandards abläuft.

Die Antwort lautet: Im Großen und Ganzen – nein; hinsichtlich der Endphase des Wahlprozesses, nämlich der Abstimmung und der Auszählung der Stimmen – ja! Das größte Manko unserer Wahlen besteht ja nicht in den unmittelbaren Fälschungen, sondern in der fehlenden Wettbewerbssituation und in dem Einsatz administrativer Ressourcen, und dies lässt sich bis zum März kaum abstellen. Eine Reduzierung der Manipulationen, die unmittelbar am Wahltag und bei der Stimmenausrählung vorgenommen werden können, ist jedoch sehr wohl möglich.

Sie ist deshalb möglich, weil die oberste Regierungsetage anscheinend daran interessiert ist, etwas über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse zu erfahren. Vom »Führer der Nation« vernehmen wir nicht nur Beteuerungen, dass er für faire Wahlen eintritt, sondern auch konkrete Vorschläge für offenere und transparentere Wahlen.

Auf den ersten Blick könnten die Anbringung von Videokameras in den Wahllokalen und eine größere Transparenz der Wahlurnen als ernstzunehmende Maßnahmen im Einsatz für faire Wahlen erscheinen. Dieser Eindruck ist Folge der landläufigen Meinung, die übrigens von den Medien und den Wahlkommissionen befördert wird, dass die Fälschungen bei den Wahlen ausschließlich durch den massiven Einwurf von Stimmzetteln in die Wahlurnen erfolgen. Auch wenn so etwas merkwürdigerweise immer noch stattfindet, ist diese Methode der Wahlfälschung derart plump und aufwendig, dass sie nur von den dilettantischsten Fälschern angewendet wird. Ein solcher Einwurf von Stimmzetteln kann bemerkt werden und macht zudem die Fälschung von Wahlunterlagen, nämlich des Wählerverzeichnisses erforderlich, woraus sich bereits zwei Straftatbestände ergeben. Zudem gibt es eine Vielzahl weniger riskanter, weniger aufwendiger und zuverlässiger Methoden der direkten Wahlfälschung, die mithilfe von Videokameras oder transparenter Urnen keineswegs feststellbar sind.

Mit Webcams gegen Fälschung?

Der jüngst aufgekommene schlechte Scherz, dass Wahlbeobachter jetzt mit Hilfe von Videokameras der Zentralen Wahlkommission den Fälschungen nachspüren könnten, macht die Lage der Dinge deutlich. Die Fälscher werden sich für ihr schmutziges Werk wohl kaum ausgerechnet jene Stellen aussuchen, auf die die Kame-

ras gerichtet sind. Es gibt da andere, komfortablere Orte, etwa die territorialen Wahlkommissionen, wo sich ganz bequem, unter Leitung eines Fachmanns aus der Verwaltung vor Ort, die Protokolle der Wahlkommissionen in den Stimmbezirken einfach umschreiben lassen.

Dieses kleine ABC der Wahlfälschungsmethoden soll an dieser Stelle nicht weiter fortgesetzt werden. Ganz gleich von welchen Überlegungen der »Führer der Nation« bei seinem Vorschlag mit den Videokameras geleitet wurde: Diese Neuerung wäre allenfalls ein hervorragendes Mittel, 14 Milliarden Haushaltsgelder in die richtigen Taschen wandern zu lassen.

Für jene, die mit der Praxis bei unseren Wahlen gut vertraut sind, sind derartige Vorschläge schlicht und einfach nur lächerlich. Der Prozess der Stimmabgabe und der Stimmenauszählung ist durch die Gesetzgebung genauer reglementiert als alle anderen Stadien einer Wahl, und die Strafen für eine Missachtung dieser Regularien sind recht streng. Das Problem ist nur, dass das Gesetz Jahr für Jahr missachtet wird und hierauf – mit äußerst seltenen Ausnahmen – keine Strafen folgen. Im Gegenteil – oft folgt auf eine Verletzung der Wahlgesetze eine Belobigung. Unter solchen Umständen hat sich bei denjenigen, die die Wahlen organisieren der Hang entwickelt, die Gesetze zu ignorieren, und die Furcht vor dem Strafgesetzbuch ist verfliegen.

Mehr echte Wahlbeobachter!

Das fehlende Vertrauen in diejenigen, die die Wahlen organisieren, weckt den Wunsch nach einer massiven Beobachtung der Arbeit in den Wahlkommissionen. Ein Wahlbeobachter unterscheidet sich von einer Videokamera dadurch, dass er in verschiedene Richtungen schauen, sich in eine Situation einfinden kann und weiß, dass Wahlfälschungen auf vielfältige Art vorgenommen werden können. Aus eben diesem Grund bedeuten echte Wahlbeobachter (es gibt auch unechte!), im Unterschied zu Kameras und durchsichtigen Wahlurnen, eine Gefahr für die Wahlfälscher. Sie sind derart unerwünscht, dass versucht wird, sie unter Verletzung der gesetzlich vorgeschriebenen Prozeduren des Platzes zu verweisen, wie es in der Vergangenheit bei allen Wahlen massenhaft zu beobachten war.

Das Erste, was die Schutzpatrone ehrlicher Wahlen ansprechen sollten, wäre also, mit der Praxis Schluss zu machen, dass Wahlbeobachter aus den Wahllokalen verwiesen werden. Ein solcher Vorschlag kam übrigens unlängst von dem Präsidentschaftskandidaten Michail Prochorow. Könnte man es nicht mal versuchen? Könnte die Zentrale Wahlkommission nicht Ausführungsbestimmungen zur Frage von Platzverweisen für Wahlbeobachter erlassen? Ein entsprechender Text ist der Zentralen Wahlkommission übrigens bereits einen Monat

vor den Parlamentswahlen vorgelegt worden. Zudem ließe sich noch eine Änderung im Strafgesetzbuch über die ungesetzliche Entfernung von Wahlbeobachtern vornehmen – sie würde rechtzeitig zu den Präsidentschaftswahlen in Kraft treten. Durch all dies könnten auch die erwähnten 14 Milliarden eingespart werden, da die Wahlbeobachter dann mit eigenen Kameras und für eigenes Geld das erledigen würden, wofür diese Haushaltsmittel eingesetzt werden sollen.

Zweitens. Es ist an der Zeit, mit der demagogischen Argumentation aufzuhören, der zufolge Wahlbeobachter das Datenschutzgesetz verletzen, indem sie die Ausgabe der Stimmzettel und die Wählerverzeichnisse inspizieren. Hinter solchen Argumenten steht meist der Wunsch, manipulierte Wählerverzeichnisse und die gesetzeswidrige Ausgabe von Stimmzetteln zu verbergen. Ein Wahlbeobachter muss das Recht haben, jederzeit erkennen zu können, welche Einträge in das Wählerverzeichnis gemacht werden und ob diese gesetzeskonform sind.

Ganz allgemein müssen die Wahlkommissionen darauf hingewiesen werden, dass eine Verletzung der Rechte von Wahlbeobachtern einen schwerwiegenden Verstoß darstellt, der zumindest eine Wiederholung der Stimmenauszählung im Wahllokal nach sich zieht. Die Wahlkommissionen müssen daran erinnert werden, dass das Gesetz vorsieht, *alle* Handlungen der Wahlkommissionen beobachten zu können. Ebenso müssen sie daran erinnert werden, dass das Gesetz keine Einschränkungen für die Bewegungsfreiheit der Wahlbeobachter vorsieht.

Drittens. Die Erfahrung zeigt, dass die Wahlkommissionen in den Stimmbezirken nahezu flächendeckend die gesetzlich vorgeschriebenen Prozeduren bei der Stimmauszählung nicht einhalten (Sortierung der Stimmzettel unter Verlesung der Stimmabgabe, Auszählung der einzelnen Stapel durch Umblättern der Stimmzettel). Diese massenweise Missachtung des Gesetzes bei der Auszählung bleibt ohne Folgen, abgesehen von dem Umstand, dass es dadurch nicht möglich wird, die Korrektheit der Auszählung zu kontrollieren. Nehmen wir jetzt einmal an, die auf Vorschlag eines der Präsidentschaftskandidaten aufgestellten Kameras stellen einen Verstoß fest. Und weiter?

Viertens. Ungeachtet aller Strenge des Gesetzes und der Instruktionen der Zentralen Wahlkommission wird die Praxis fortgesetzt, den Wahlbeobachtern keine Kopie des Wahlprotokolls oder aber nicht oder falsch beglaubigte Kopien auszuhändigen. Gleichzeitig ist kein einziger Fall bekannt, dass hierfür auch nur irgendjemand strafrechtlich belangt worden wäre. Solcherlei Verstöße erlauben es unseren Gerichten übrigens, Beschwerden zurückzuweisen, die verfälschte Wahlergebnisse anfechten.

Fünftens. Die Wahlergebnisse, die in den Wahllokalen ermittelt werden, erfahren in den territorialen Wahlkommissionen auf wundersame Weise eine Transformation. Dies ist unter anderem aus dem schlichten Grunde möglich, dass das Gesetz die Möglichkeit zulässt, so genannte »Wiederholungsprotokolle« zu erstellen. Das Verfahren zur Erstellung dieser Wiederholungsprotokolle wie auch das Verfahren, mit dem Protokolle bei den territorialen Wahlkommissionen angenommen werden, sind im Gesetz nicht hinreichend deutlich beschrieben. Auch hier ist der Zentralen Wahlkommission vorgeschlagen worden, zu dieser Frage Ausführungsbestimmungen zu erlassen (keine Gesetzesänderung, sondern eben Ausführungsbestimmungen, zu denen die Zentrale Wahlkommission befugt ist). Die Zentrale Wahlkommission hat auch diese Möglichkeit nicht wahrnehmen wollen.

Wir haben es mit einer großen Zahl eindeutig strafrechtlich relevanter Vorgänge zu tun, wenn die Protokollkopien, die Wahlbeobachtern ausgehändigt wurden, und die offiziellen Wahlergebnisse Diskrepanzen aufweisen. Entgegen dem gesunden Menschenverstand und trotz eindeutiger Indizien weigern sich unsere Gerichte jedoch, in solchen Fällen die Wahlergebnisse in den betroffenen Stimmbezirken für ungültig zu erklären.

Sechstens. Das Gesetz legt die Ordnung, in der »alle Handlungen der Kommissionsmitglieder zur Annahme der Protokolle untergeordneter Kommissionen, zur Aufsummierung der Daten dieser Protokolle und zur Erstellung eines Protokolls über das Ergebnis der Abstimmung« stattfinden müssen, fest und zwar derart, dass »sie im Blickfeld der Mitglieder der Wahlkommission und der Wahlbeobachter liegen«. Dessen ungeachtet finden wichtigste Handlungen, wie die Eingabe der Daten in das Staatliche Automatisierte System »Wybory« [»Wahlen«] und die endgültige Annahme (oder verweigte Annahme) der Wahlprotokolle der Wahlkommission in den Stimmbezirken eben gerade außerhalb des Sichtbereichs der Wahlbeobachter, in abgetrennten Räumen statt. Diese Praxis muss und kann geändert werden.

Echte Wahlen ohne administrative Einmischung

Es gibt also eine Reihe einfach zu treffender Maßnahmen, falls der Wunsch nach ehrlichen Wahlen und einer ebensolchen Stimmenauszählung ein echter ist. Und diese Maßnahmen liegen voll und ganz in der Macht derer,

Über den Autor:

Andrei Busin ist Vorsitzender der Interregionalen Wählervereinigung, Leiter der Monitoring-Abteilung der Assoziation GOLOS und Doktor der Rechtswissenschaften.

die Videokameras und transparente Urnen vorschlagen; sie belasten den Steuerzahler zudem sehr viel weniger. Es sind Maßnahmen zur Anwendung der Gesetze und nicht aus dem Bereich der Gesetzgebung. Dabei nehmen diejenigen, die die Gesetze anwenden, selbst wenn sie nominell nicht von der Regierung abhängig sind, schnell die Signale wahr, die vom Zentrum der Macht ausgehen.

Die Zentrale Wahlkommission könnte Ausführungsbestimmungen über die Entfernung von Wahlbeobachtern erlassen, über die Beglaubigung von Protokollkopien und über die Ordnung, in der die Annahme der Protokolle in den übergeordneten Kommissionen zu erfolgen hat (praktischerweise sind diese Erläuterungen bereits für die Zentrale Wahlkommission ausformuliert worden), und sie könnte deren Einhaltung streng kontrollieren.

Der Oberste Gerichtshof könnte den Gerichten niederer Instanz verdeutlichen, dass die vorgelegten Kopien von Protokollen ebenso zu behandeln sind wie gewöhnliche schriftliche Beweisstücke – ungeachtet möglicher Fehler bei der Beglaubigung, für die die Beglaubigenden und nicht die Wahlbeobachter die Verantwortung tragen. Darüber hinaus könnte der Oberste Gerichtshof klarstellen, dass eine gesetzeswidrige, unter Verletzung der Prozeduren erfolgende Entfernung von Wahlbeobachtern einen schwerwiegenden Verstoß darstellt, für den der Vorsitzende der betroffenen Wahlkommission nach § 5.6 des russischen Gesetzbuches über verwaltungsrechtliche Gesetzesverstöße zu belangen ist, was wenigstens eine erneute Auszählung im Stimmbezirk mit sich bringen würde.

Den Staatsanwaltschaften könnte die Anweisung erteilt werden, dass verwaltungsrechtliche Verfahren wegen Verletzung von Wählerrechten schneller einzuleiten sind, und die Ermittlungsbehörden könnten angewiesen werden, dass bei Fälschung von Wahlunterlagen oder Wahlergebnissen schneller Strafverfahren eingeleitet werden.

Den Regierungsstellen sollte eingeschärft werden, dass sie endlich aufhören, sämtliche der genannten Behörden fernzusteuern, und dass sie – und sei es zähneknirschend – endlich eines der Grundprinzipien echter Wahlen beachten sollen, nämlich die Nichteinmischung der Exekutive in den Wahlprozess.

Dann wird es auch keine Requisiten in Form von Videokameras und gläsernen Urnen brauchen.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Russland-Koordinator besorgt über Schikanen gegen unabhängige Wahlbeobachter vor russischen Präsidentschaftswahlen

Im Vorfeld der russischen Präsidentschaftswahlen am 04.03. berichtet die unabhängige Wahlbeobachtungsorganisation GOLOS über neue Behinderungen durch die russischen Behörden.

Hierzu erklärt der Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Andreas Schockenhoff, MdB, heute (26.01.) in Berlin:

»Die Berichte über neue Schikanen gegen die unabhängige russische ›Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte der Wähler – GOLOS‹ erfüllen mich mit ernster Sorge.

Nach den Unregelmäßigkeiten bei den jüngsten Duma-Wahlen hat die russische Führung angekündigt, für einen korrekten Ablauf der Präsidentschaftswahlen zu sorgen. Die Wahlbeobachtung durch GOLOS ist dafür sehr nützlich. Dem widerspricht die vorzeitige Kündigung der Moskauer Arbeitsräume von GOLOS und neuer Druck auf regionale Abteilungen ihrer Zeitschrift.

Eine freie und unabhängige Wahlbeobachtung gehört zu den Kernelementen europäischer und internationaler demokratischer Standards. Zu diesen Standards ist Russland durch seine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie der OSZE und dem Europarat verpflichtet. Es ist zwar ein gutes Zeichen, dass die OSZE/ODIHR die Möglichkeit hat, die Präsidentschaftswahlen zu beobachten. Das Vorgehen gegen GOLOS lässt jedoch Zweifel aufkommen, ob die russische Führung wirklich an einem korrekten Ablauf der Wahlen interessiert ist.

Nur durch transparente Wahlen kann die russische Führung der wachsenden Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft entgegenwirken. Voraussetzung für neues Vertrauen ist ein Dialog mit der Zivilgesellschaft. Dafür dürfen zivilgesellschaftliche Akteure nicht weiter diskreditiert, sondern müssen als Partner des Staates anerkannt werden.«

Pressereferat – Auswärtiges Amt

Berlin, 26.01.2012

UMFRAGE

Präsidentenwahlen: Die Sonntagsfrage

Tabelle 3: Wenn nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, für welchen Kandidaten würden Sie stimmen? (Umfragen des WZIAM)

	10.12.2011	17.12.2011	24.12.2011	7.1.2012	14.1.2012
Putin	42 %	45 %	45 %	48 %	52 %
Shirinowskij	9 %	9 %	8 %	9 %	9 %
Sjuganow	11 %	12 %	10 %	10 %	11 %
Mironow	5 %	5 %	5 %	5 %	4 %
Jawlinskij (nicht zugelassen)	1 %	2 %	2 %	2 %	1 %
Prochorow	1 %	3 %	4 %	3 %	2 %
Residuum	31 %	24 %	26 %	23 %	21 %

Quelle: Umfragen des WZIAM, 14.–15.1.2012 <http://vybory.wciom.ru/index.php?id=566&uid=112353>

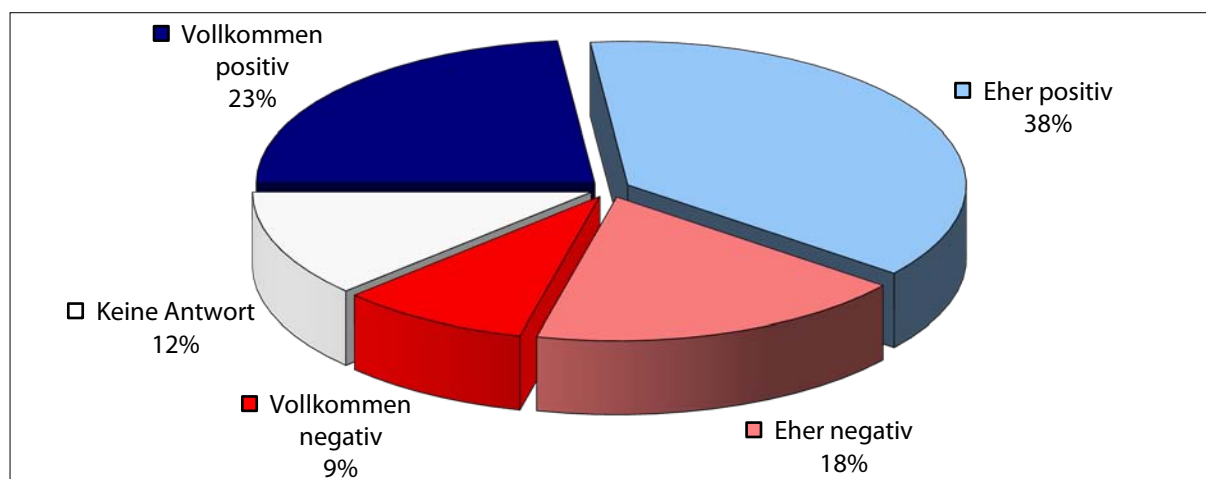
Tabelle 4: Wenn am kommenden Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, würden Sie an diesen Teilnehmen und wenn ja, welchen der aktuellen Politiker würden Sie wählen? (Umfragen des Lewada-Zentrums)

	Juli 2011	Sept. 2011	Okt. 2011	Nov. 2011	Dez. 2011	Jan. 2011
Putin	23%	27%	36%	31%	36%	37%
Shirinowskij	4%	5%	5%	6%	7%	5%
Sjuganow	5%	6%	6%	8%	6%	8%
Medwedew	18%	13%	9%	7%	3%	<1%
Mironow	-	-	-	-	2%	4%
Prochorow	-	-	-	-	2%	4%
Andere	3%	3%	3%	4%	1%	1%
Noch unentschieden, welchen Kandidaten ich wähle	23%	21%	24%	23%	22%	17%
Gehe nicht zur Wahl	12%	11%	11%	12%	9%	14%
Unentschieden über Wahlbeteiligung	12%	13%	10%	10%	11%	9%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–20.12.2011 und 23.–26.1.2012, <http://www.levada.ru/print/12-01-2012/prezidentskie-vybory-v-marte-chego-ozhidayut-rossiyane>; <http://www.levada.ru/25-01-2012/predvaritelnye-yanvarskie-reitingi-odobreniya-polozheniya-del-v-strane-elektoralnye-predp>

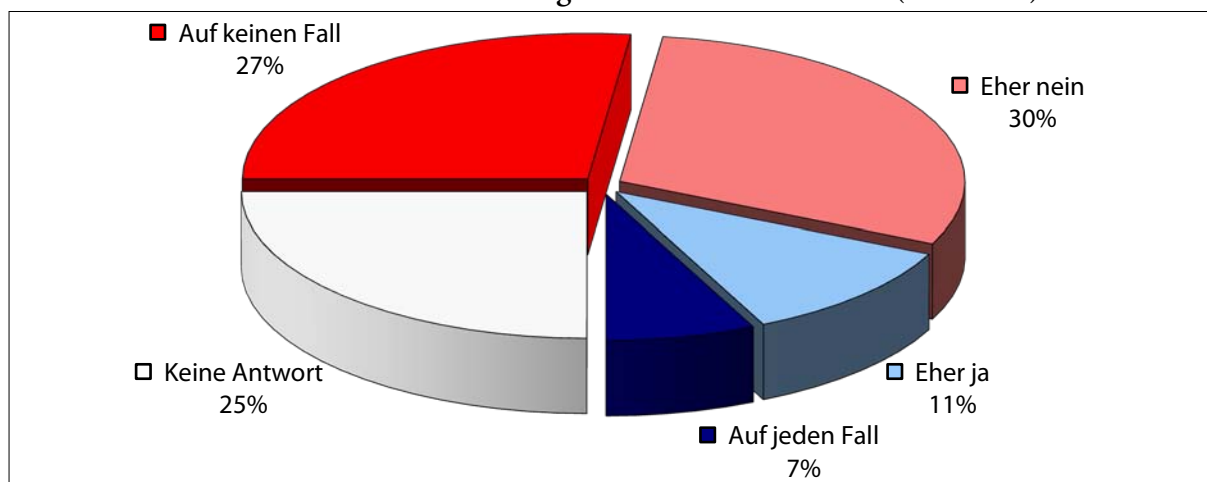
Putins Kandidatur, die »neue Rechte« und die Fälschungswahrscheinlichkeit

Grafik 3: Wie stehen Sie zur Kandidatur Wladimir Putins für die Präsidentschaft?



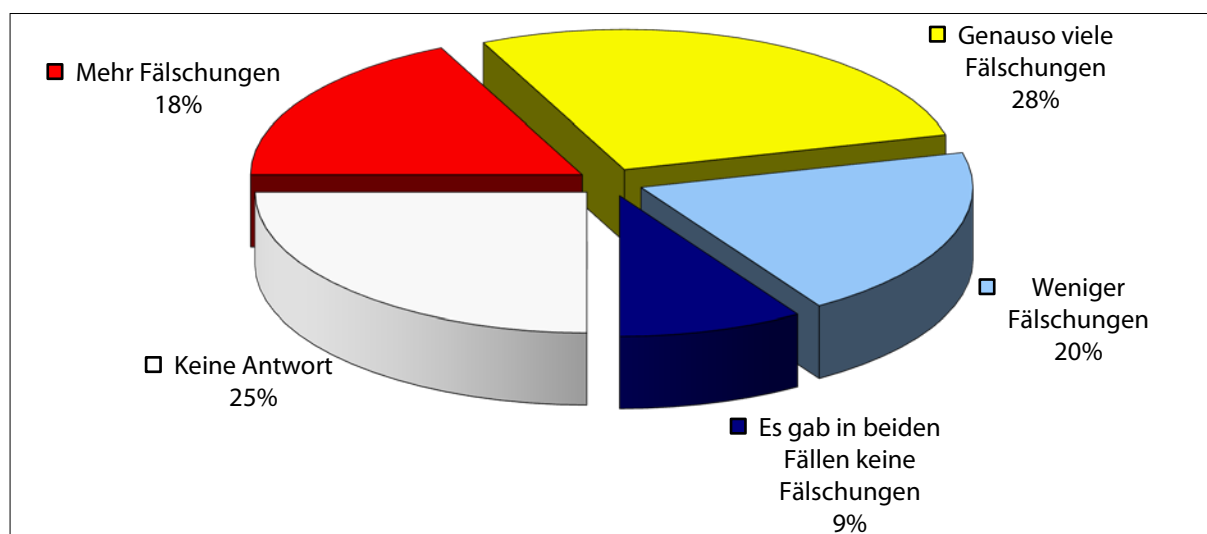
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16. - 20. Dezember 2011, <http://www.levada.ru/print/12-01-2012/prezidentskie-vybory-v-marte-chego-ozhidayut-rossiyane>

Grafik 4: Braucht Russland Ihrer Meinung nach eine neue »Rechte« (»Liberal«) Partei?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16. - 20. Dezember 2011,
<http://www.levada.ru/print/12-01-2012/prezidentskie-vybory-v-marte-chego-ozhidayut-rossiyane>

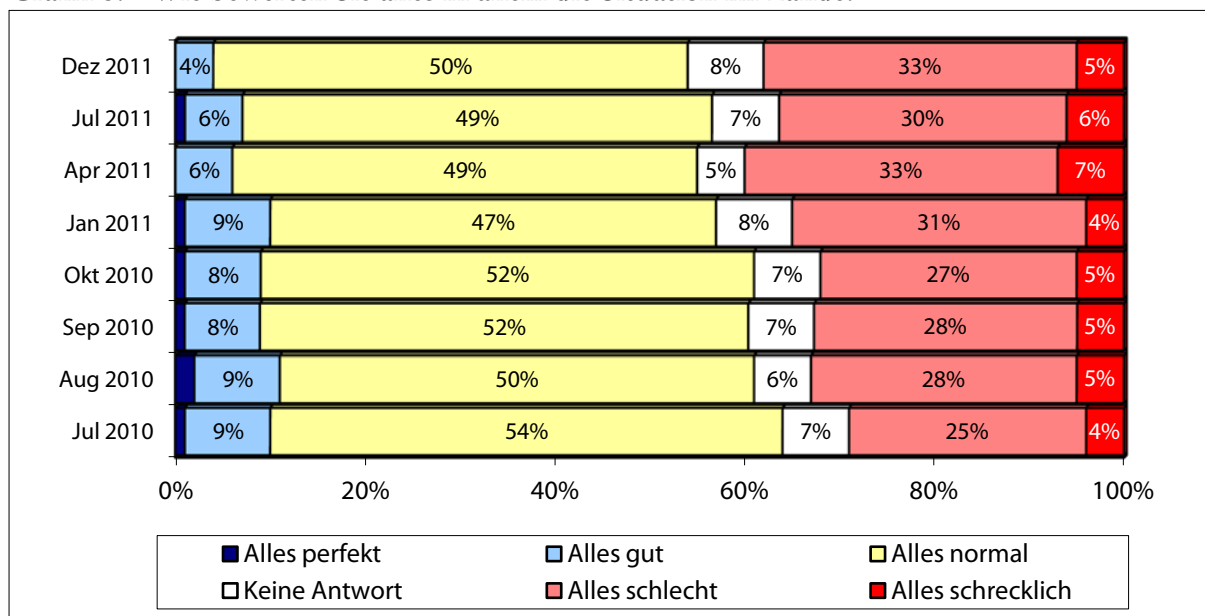
Grafik 5: Werden die Fälschungen bei den Präsidentschaftswahlen am 4. März größer oder kleiner sein, als bei den Dumawahlen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16. - 20. Dezember 2011,
<http://www.levada.ru/print/12-01-2012/prezidentskie-vybory-v-marte-chego-ozhidayut-rossiyane>

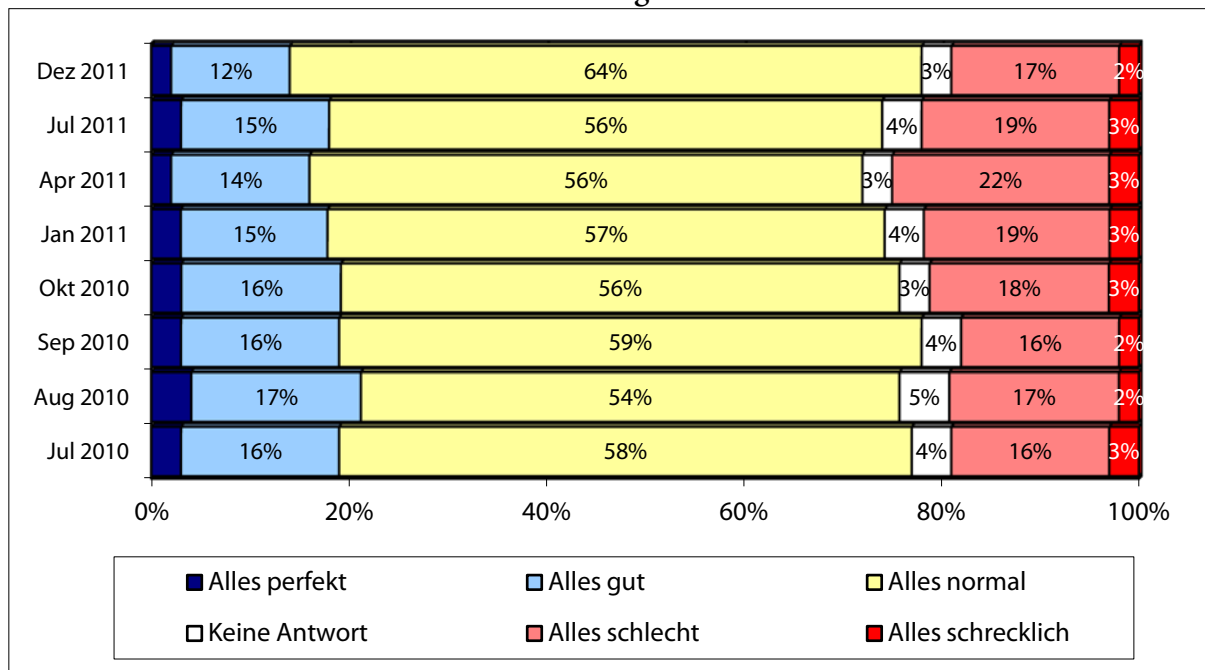
Leben in Russland: gut, normal ... schrecklich?

Grafik 6: Wie bewerten Sie alles in allem die Situation im Lande?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 24.–25. Dezember 2011; <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112314>

Grafik 7: Wie bewerten Sie alles in allem ihre eigene Lebenssituation?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 24.–25. Dezember 2011; <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112314>

RANKING

Die fünfzig wichtigsten Politiker des Jahres 2011

Die »Nesawisimaja gaseta« veröffentlicht regelmäßig Rankings russischer Politiker. Aus dem Jahresranking 2011 führen wir hier die ersten 50 Positionen auf – nach Aussage der »Nesawisimaja gaseta« die 50 führenden Politiker Russlands.

Tabelle 5: Die fünfzig wichtigsten Politiker des Jahres 2011

Name	Funktion	Rang	Punkte
Putin, Wladimir	Ministerpräsident	1	9,57
Medwedew, Dmitrij	Präsident	2	8,71
Surkow, Wladislaw	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration (bis Dezember 2011; seitdem Erster Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Modernisierung)	3	7,41
Setschin, Igor	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für den Energiekomplex, führender Vertreter der silowiki (Vertreter der Machtorgane/Geheimdienste)	4	7,03
Kudrin, Alexej	Finanzminister (bis September 2011)	5	6,52
Kirill	Patriarch von Moskau und der Ganzen Rus	6	6,30
Sobjanin, Sergej	Moskauer Bürgermeister	7	6,26
Wolodin, Wjatscheslaw	Erster Stellvertretender Ministerpräsident, Leiter des Regierungsapparats (bis Dezember 2011, seitdem Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration)	8	6,16
Naryschkin, Sergej	Leiter der Präsidentialadministration (bis Dezember 2011, seitdem Vorsitzender der Duma)	9	6,14
Schuwalow, Igor	Erster Stellvertretender Ministerpräsident	10	5,95
Serdjukow, Anatolij	Verteidigungsminister	11	5,53
Lawrow, Sergej	Außenminister	12	5,47
Bortnikow, Alexander	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	13	5,45
Golikowa, Tatjana	Ministerin für Gesundheitswesen und Soziale Entwicklung	14	5,42
Nabiullina, Elwira	Ministerin für Wirtschaftsentwicklung	15	5,35
Gryzlow, Boris	Sprecher der Duma (bis Dezember 2011)	16	5,24
Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender des Energiekonzerns Gazprom	17	5,22
Bastrykin, Alexander	Vorsitzender des Strafverfolgungskomitees	18	5,18
Dworkowitsch, Arkadij	Gehilfe des Präsidenten mit Zuständigkeit für Wirtschaftspolitik	19	5,17
Ignatjew, Sergej	Vorstandsvorsitzender der russischen Zentralbank	20	5,05
Abramowitsch, Roman	Oligarch und Milliardär, Vorsitzender des Regionalparlaments von Tschukotka	21	5,03
Tschujtschenko, Konstantin	Leiter der Kontrollabteilung der Präsidentialadministration	22	4,93
Chloponin, Alexander	Präsidentialbeauftragter für den Föderalbezirk Nordkaukasus und Stellvertretender Ministerpräsident	23	4,92
Schojgu Sergej	Minister für Katastrophenschutz	24	4,91

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 5: Die fünfzig wichtigsten Politiker des Jahres 2011 (Fortsetzung)

Name	Funktion	Rang	Punkte
Alekperow, Wagit	Oligarch und Milliardär, Präsident des Mineralölkonzerns LUKoil	25	4,88
Deripaska, Oleg	Oligarch und Milliardär, Mehrheitseigentümer des Konzerns »Basic Element«	26	4,86
Nurgaliew, Raschid	Innenminister	27	4,85
Tschajka, Jurij	Generalstaatsanwalt	28	4,84
Subkow, Wiktor	Erster Stellvertretender Ministerpräsident	29	4,76
Konowalow, Alexander	Justizminister	30	4,73
Gromow, Alexej	Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	31	4,72
Iwanow, Sergej	Stellvertretender Ministerpräsident, gilt als silowik	32	4,71
Sjuganow, Gennadij	Vorsitzender der Kommunistischen Partei Russlands	33	4,68
Usmanow, Alischer	Oligarch und Milliardär, Hauptaktionär des Konzerns »Metalloinvest«	34	4,67
Timtschenko, Gennadij	Oligarch und Milliardär, Mehrheitsaktionär des Mineralölhandelskonzerns Gunvor	35	4,62
Kosak, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident	36	4,59
Artemjew, Igor	Leiter des Föderalen Antimonopoldienstes	37	4,56
Peskow, Dmitrij	Pressesprecher von Ministerpräsident Putin	38	4,54
Christenko, Viktor	Minister für Industrie und Handel	39	4,52
Ernst, Konstantin	Generaldirektor des staatlich kontrollierten Fernsehsenders »Erster Kanal«	40	4,51
Kostin, Andrej	Sekretär des nationalen Sicherheitsrats, früher Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	41	4,50
Patruschew, Nikolaj	Sekretär des nationalen Sicherheitsrats, früher Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	42	4,49
Jakunin, Wladimir	Präsident des Konzerns »Russische Eisenbahnen«	43	4,47
Timakowa, Natalja	Pressesprecherin des russischen Präsidenten	44	4,46
Iwanow, Anton	Vorsitzender des Höchsten Wirtschaftsgerichts	45	4,45
Gref, German	Vorstandsvorsitzender der Sberbank	46	4,43
Matwijenko, Valentina	Sprecherin des Föderationsrates (»Länderkammer«)	47	4,41
Dobrodejew, Oleg	Generaldirektor der Staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft WGTRK	48	4,39
Iwanow, Viktor	Direktor der Drogenkontrollagentur FSKN	49	4,38
Dmitrijew, Wladimir	Vorstandsvorsitzender der Außenhandelsbank »Vneshekonombank«	50	4,37

Quelle: D. Orlov: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2011 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 16.01.2012
http://www.ng.ru/ideas/2012-01-16/9_top100_2011.html

Vom 1. bis zum 26. Januar 2012

02.01.2012	Alexander Ignatenko, ehemaliger Erster Stellvertretender Staatsanwalt des Moskauer Gebiets, wird im polnischen Zakopane festgenommen. Ignatenko wird die Verwicklung in illegale Spielkasinos im Moskauer Gebiet vorgeworfen.
04.01.2012	Sergej Udaltow, Oppositionspolitiker und Anführer der »Linken Front«, sowie der Umweltschützer Jaroslaw Nikitenko werden aus der Haft entlassen. Udaltow war seit dem 5. Dezember wegen Zuwiderhandlung gegen Anweisungen der Sicherheitskräfte in Arrest, Nikitenko erhielt am 25. Dezember eine zehntägige Arreststrafe, nachdem er gegen die erneute Haftverlängerung für Udaltow protestiert hatte.
05.01.2012	Die Internetseite »Kaukasischer Knoten« www.kavkaz-uzel.ru veröffentlicht eine Opferstatistik der Auseinandersetzungen im Nordkaukasus. Danach wurden im Jahr 2011 in Dagestan 415 Sicherheitskräfte, Untergrundkämpfer und Zivilisten getötet und 410 verletzt; Karbadino-Balkarien 129 / 44; Inguschetien 70 / 38; Karatschai-Tscherkessk 22 / 12; Nordossetien 4 / 10. Für Tschetschenien liegen nur Daten bis zum 30. November 2011 vor: 92 Tote und 110 Verletzte. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Opferzahl in Dagestan, Karbadino-Balkarien und Karatschai-Tscherkessk zu, während sie in Tschetschenien leicht und in Inguschetien und Nordossetien erheblich zurückging.
06.01.2012	Präsident Dmitrij Medwedew beruft den neuen Leiter der Präsidialadministration Sergej Iwanow per Erlass in den Rat zur Bekämpfung der Korruption beim Präsidenten und ernennt ihn zum Präsidiumsvorsitzenden des Rates. Sergej Naryschkin, Sprecher der Staatsduma und ehemaliger Leiter der Präsidialadministration, wird von diesen Ämtern entbunden.
07.01.2012	Bei einem Überfall auf einen Kontrollposten bei Naltschik (Kabardino-Balkarien) werden zwei Polizisten, der Angreifer und ein Zivilist getötet. Zwei weitere Polizisten werden verletzt.
08.01.2012	Bei Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern werden im Rayon Wedeno (Tschetschenien) fünf Untergrundkämpfer sowie vier Soldaten getötet. Weitere 16 Soldaten der inneren Streitkräfte werden bei dem Einsatz verletzt.
09.01.2012	Präsident Dmitrij Medwedew erklärt das Jahr 2012 zum Jahr der russischen Geschichte um in der Öffentlichkeit ein Interesse für die russische Geschichte und deren Rolle in der weltweiten Geschichte zu wecken.
09.01.2012	Bei einer Gasexplosion in einem Moskauer Restaurant kommen zwei Personen ums Leben. 40 Menschen werden zudem verletzt.
10.01.2012	Unweit der Stadt Tyrnyaus (Kabardino-Balkarien) werden zwei Bauern von Unbekannten erschossen. Ein Polizist des regionalen Innenministeriums wird bei dem Überfall verletzt.
10.01.2012	Präsident Dmitrij Medwedew begnadigt 27 verurteilte Häftlinge per Erlass vom 31.12.2011.
11.01.2012	Noch vor Veröffentlichung des Abschlussberichts zu den Dumawahlen durch das »Büro für demokratische Institute und Menschenrechte« der OSZE genehmigt die russische Zentrale Wahlkommission die angefragte Wahlbeobachtermission der OSZE zu den Präsidentschaftswahlen in vollem Umfang (mehr als 200 Kurz- und Langzeitbeobachter) und Zeitrahmen (mehr als zwei Monate).
11.01.2012	Gework Wartanjan, legendärer Spion des sowjetischen Auslandsgeheimdienstes und »Held der Sowjetunion«, stirbt mit 87 Jahren in Moskau.
12.01.2012	Ministerpräsident Wladimir Putin veröffentlicht sein Wahlprogramm, das auf der Seite www.putin2012.ru zur Diskussion gestellt wird.
12.01.2012	Dmitrij Peskow, Pressesprecher Wladimir Putins, gibt bekannt, dass Putin als Präsidentschaftskandidat nicht an Fernsehdebatten teilnehmen wird. Dem Gesetz zufolge müsste er dazu Urlaub nehmen, was ihn bei der Ausübung seines Amtes behindern würde.
13.01.2012	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt den Gouverneur des Gebietes Archangelsk, Ilja Michaltschuk und ernennt Igor Orlow zu dessen vorübergehendem Vertreter.
13.01.2012	Michail Beketow, Chefredakteur der »Chimkier Prawda«, und weitere Preisträger, werden mit einer Auszeichnung der russischen Regierung in den Printmedien gewürdigt. Ministerpräsident Putin verspricht, die Untersuchungen zum brutalen Überfall auf Beketow von November 2008 beschleunigen zu lassen.

13.01.2012	Das »Büro für demokratische Institute und Menschenrechte« der OSZE veröffentlicht den offiziellen Abschlussbericht über die Dumawahlen am 4. Dezember 2011 http://www.osce.org/odihr/86959 . Danach waren die grundlegenden Bedingungen für einen gerechten Wettbewerb nicht gegeben. Der Abstimmungsprozess war zum Vorteil der regierenden Partei verzerrt, was sich an der Abhängigkeit der Wahlkommissionen und der fehlenden Objektivität der meisten Medien zeigte. Von russischer Seite wird der Bericht als einseitig und voreingenommen bezeichnet.
14.01.2012	In Moskau findet eine Demonstration von ca. 600 Aktivisten der Partei Jabloko statt, die den Rücktritt Wladimir Tschurows, Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission, fordern. Im Anschluss an die Versammlung wird der Parteivorsitzende Sergej Mitrochin kurzzeitig festgenommen.
14.01.2012	Michael McFaul, neuer US-Botschafter in Moskau, tritt sein Amt an.
15.01.2012	Überreste der russischen Raumsonde »Fobos Grunt« stürzen im Stillen Ozean ab. Die Sonde war nach dem Start vom Kosmodrom »Bajkonur« am 9. November außer Kontrolle geraten.
16.01.2012	Präsident Dmitrij Medwedew reicht in der Staatsduma einen Gesetzesentwurf ein, demzufolge die Direktwahl der Gouverneure wieder eingeführt werden soll.
16.01.2012	Als Vertreter der russischen Opposition treffen Wladimir Ryshkow, Boris Nemzow (beide PARNAS), Genadij Gudkow (»Gerechtes Russland«) und Sergej Udaltow (Linke Front) mit dem ehemaligen Finanzminister Aleksej Kudrin zusammen um über mögliche Gespräche mit der Staatsmacht sowie die Forderungen der Demonstranten zu sprechen.
16.01.2012	Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Wladimir Putin veröffentlicht in der Zeitung »Iswestija« einen Beitrag, in dem er auf anstehende Herausforderungen und Aufgaben eingeht. Putin kündigt weitere Veröffentlichungen für einen Dialog über die Zukunft Russlands an.
17.01.2012	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt Anatolij Browko, Gouverneur des Wolgograder Gebiets, auf dessen Wunsch und beauftragt Sergej Boshenow, den früheren Bürgermeister der Stadt Astrachan, die Amtsgeschäfte vorübergehend zu übernehmen.
17.01.2012	Die Partei »Gerechtes Russland« und die Kommunistische Partei entsenden offizielle Vertreter in das Organisationskomitee zur Vorbereitung und Durchführung der Demonstration »Für ehrliche Wahlen« am 4. Februar.
18.01.2012	Jurij Tschajka, russischer Generalstaatsanwalt, präsentiert Präsident Dmitrij Medwedew einen Bericht über Unregelmäßigkeiten bei den Dumawahlen. Der Bericht umfasst ca. 3.000 Verstöße gegen die Wahlgesetzgebung. Gegen 95 Personen werden Anklagen erhoben.
18.01.2012	Präsident Dmitrij Medwedew ernennt Michail Abysov, Aufsichtsratschef der Unternehmensgruppe »RU-COM«, zu seinem Berater und Koordinator der Arbeit der »Großen Regierung«.
18.01.2012	Ministerpräsident Wladimir Putin trifft mit Vertretern russischer Massenmedien zusammen und beantwortet ihre Fragen. Er erklärt, er sei bereit, sich mit der Opposition zu treffen, und kritisiert den liberalen Radiosender »Echo Moskwy«.
19.01.2012	Auf einer Sitzung der Zentralen Wahlkommission stellt deren Vorsitzender Wladimir Tschurow seinen Rücktritt zur Abstimmung. Dieser wird von den Mitgliedern der Zentralen Wahlkommission abgelehnt.
19.01.2012	In Moskau versammeln sich ca. 600 Personen, um des Anwalts Stanislaw Markelow und Anastasija Baburowas, Journalistin der »Nowaja Gaset«, zu gedenken, die drei Jahre zuvor ermordet wurden. Den Veranstaltern droht eine Ordnungsstrafe, da nur 300 Teilnehmer angemeldet wurden.
20.01.2012	Im Rayon Chasawjurt (Dagestan) werden bei einem Feuergefecht drei mutmaßliche Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften erschossen.
20.01.2012	Die Zentrale Wahlkommission lehnt die Teilnahme von drei unabhängigen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen ab. Rinat Chamijew, Wiktor Tscherepkow und Swetlana Peunowa reichten die erforderlichen zwei Million Unterschriften nicht fristgerecht ein.
20.01.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht schließt das Strafverfahren wegen Verleumdung des tschetschenischen Republikoberhauptes Ramsan Kadyrow gegen Oleg Orlow, Vorsitzender des Menschenrechtszentrums »Memorial«. Orlow hatte Kadyrow im Jahr 2009 der persönlichen oder indirekten Schuld am Tod von Natalja Estemirowa, Mitarbeiterin von »Memorial«, vorgeworfen.
20.01.2012	Die russischen Fluglinien »Aeroflot« und »Transaero« werden ermäßigte und kostenlose Flüge für organisierte russische Fangruppen zur Fussball-Europameisterschaft 2012 in die Ukraine anbieten. Ministerpräsident Wladimir Putin reichte eine entsprechende Anfrage russischer Fangemeinden vom Vortag an die Fluglinien weiter.

22.01.2012	Sergej Mironow, Vorsitzender der Partei »Gerechtes Russland«, veröffentlicht sein Programm zu den Präsidentschaftswahlen. Unter anderem fordert er eine Überarbeitung der Wahlgesetzgebung, die Entwicklung der regionalen Selbstverwaltung, Direktwahl der Gouverneure und Bürgermeister, die Einführung einer Luxussteuer sowie einer progressiven Einkommensteuer.
23.01.2012	Die Zentrale Wahlkommission (WZIK) gibt bekannt, dass die Präsidentschaftskandidaten Dmitrij Mesenzew (Einiges Russland) und Grigorij Jawlinskij (Jabloko) den zulässigen Anteil von 5 % ungültiger Unterschriften zur Unterstützung ihrer Kandidatur überschritten haben. Mesenzew scheidet aus dem Wahlkampf aus, die 2,1 Million Unterschriften für Jawlinskij werden erneut überprüft, eine erste Auszählung ergab nach Angaben der WZIK 23 % ungültiger Unterschriften.
23.01.2012	Präsident Dmitrij Medwedew trifft in Sotschi mit Ilham Alijew und Serzh Sargsjan, den Präsidenten Aserbaidschans und Armeniens, zusammen um über die Regulierung des Konfliktes um Nagornij-Karabach zu sprechen. Es bleibt bei Absichtserklärungen.
23.01.2012	Ministerpräsident Wladimir Putin nimmt an einem Forum der Völker Südrusslands in Kislowodsk teil. Er kündigt eine ernsthafte Rotation der Regierung nach den Präsidentschaftswahlen an sowie öffentliche Konsultationen über die Gesetzesreform zur Direktwahl der Gouverneure.
23.01.2012	Ministerpräsident Wladimir Putin veröffentlicht in der »Nesawisimaja Gaset« seinen zweiten Wahlkampfbeitrag zur nationalen Frage in Russland. Er kritisiert nationalistische Forderungen wie die Einstellung der Finanzierung des Nordkaukasus, schlägt jedoch strengere Regelungen zur innerrussischen Migration vor sowie eine Neugründung des Ministeriums für innerethnische Angelegenheiten.
24.01.2012	Die Zentrale Wahlkommission (WZIK) verweigert Grigorij Jawlinskij, Mitbegründer der Partei Jabloko, die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen. Eine zweite Stichprobe seiner Unterstützerlisten enthielt nach Aussage der WZIK einen Anteil ungültiger Unterschriften von 25,6 %, erlaubt sind lediglich 5 %.
25.01.2012	Die Zentrale Wahlkommission registriert Michail Prochorow, dessen Anteil ungültiger Unterschriften 4,38 % beträgt, für die Präsidentschaftswahlen. Er wird somit als letzter Kandidat nach Wladimir Putin (»Einiges Russland«), Gennadij Sjuganow (KPRF), Sergej Mironow (»Gerechtes Russland«) und Wladimir Shirinowskij (LDPR) für die Präsidentschaftswahlen am 4. März nominiert.
25.01.2012	Die unabhängige Wahlbeobachtervereinigung »GOLOS« veröffentlicht eine interaktive Karte zu »Wahlverletzungen 2012« unter http://www.kartanaruscheniy.ru/ .
25.01.2012	Präsident Dmitrij Medwedew trifft in der Moskauer Staatlichen Universität mit Studenten der journalistischen Fakultät zusammen. Er erklärt, dass er keine Basis für eine Revolution in Russland sehe und selbst nicht ausschließe, sich zu einem späteren Zeitpunkt erneut für ein Führungsamt zur Wahl zu stellen.
26.1.2012	Bei einem Treffen mit Konstantin Romodanowskij, dem Leiter des Föderalen Migrationsdienstes, regt Ministerpräsident Wladimir Putin an, Personen, die das Migrationsgesetz verletzen, 5–10 Jahre die Einreise nach Russland zu untersagen.
26.1.2012	Die Organisation »Reporter ohne Grenzen« veröffentlicht ihren Jahresbericht und die Rangliste der Pressefreiheit 2011. Russland steht auf Platz 142 (Rating 2010: 140).

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de